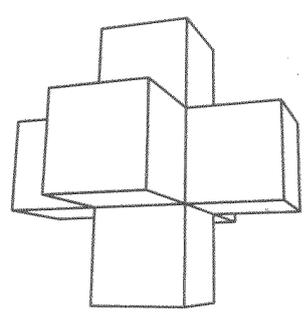


10563

Schweizer Freisinn



Herr
Maier, Franz Georg
Direktor Schweiz, Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda	11
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel	12

28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

KOSA-Initiative
Die Mogelpackung löst kein Problem der AHV, schafft jedoch neue für den Bund, die Kantone und für die Nationalbank. Die wichtigsten Argumente, warum diese Initiative abzulehnen ist. **Seiten 2/7/10**

Brennpunkt
Die Höhe einzelner Managersaläre ist für viele nicht nachvollziehbar. Wer verdient wie viel? Wer bezahlt? Welchen Einfluss hat die Politik? Gedanken zu diesem Thema und Antworten auf diese Fragen von Parteipräsident Fulvio Pelli. **Seite 3**

Ortsparteipräsidentenkonferenz
Reservieren Sie sich bereits heute den Termin und nehmen Sie an unserem Wettbewerb teil! **Seite 23**



Fototermin: Die FDP-Frauen für einmal nicht in Bewegung...

Frauenlauf in Bern - FDP-Frauen in Bewegung

Am 11. Mai 2006 fand in Bern zum zwanzigsten Mal der Frauenlauf statt. Zum ersten Mal waren die FDP-Frauen mit einer ganzen Delegation mit von der Partie.

Über dreissig Frauen waren im FDP-Shirt unterwegs und freuten sich über ihre Leistungen. Die FDP-Traubenzucker, welche von den Frauen vor dem Lauf verteilt wurden, gaben bei diesen warmen Temperaturen den nötigen Energieschub. Mindestens so wichtig wie die sportliche Leistung war das Zeichen, welches die FDP-Frauen mit der Teilnahme an diesem Lauf setzten. Sie wollen und werden bewegen.

Seite 14

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

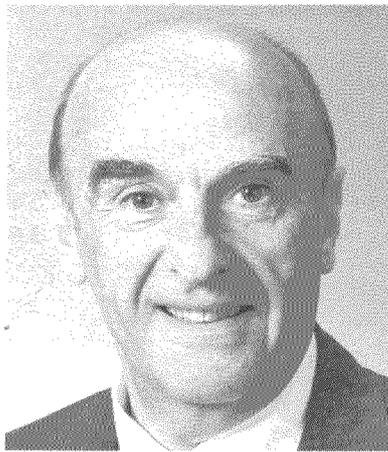
www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

Das KOSA-Angebot: Tausch eines nicht behobenen Problems gegen drei neue

Die KOSA-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» ist verhänglich: Sie verspricht auf lange Sicht nicht weniger als die Sicherung der Finanzierung der AHV. Dafür sei bloss der Verteilschlüssel der Nationalbankgewinne zu ändern. Seit jeher gehen diese Gewinne an die Träger der Nationalbank: zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Stattdessen sollen neu die Kantone von diesem Gewinn eine Milliarde Franken erhalten; der Rest ginge an den AHV-Fonds. In der Leichtigkeit dieser Argumentation liegt der Brandherd: Die Initiative schafft nämlich eine Teufelsbrücke zwischen Nationalbank und unserem wichtigsten Sozialwerk!

Der Bundesrat teilt zwar das Anliegen, die AHV finanziell auf eine sichere Basis zu stellen. Doch schlägt die Initiative den falschen Weg ein und bietet der AHV nur eine Scheinlösung. Denn die Rechnung der Initianten geht nicht auf! Sie behaupten, die Nationalbank könne jährlich 2 bis 3 Milliarden Gewinn erzielen. Ihre Erwartungen halten einer näheren Überprüfung aber nicht stand. Langfristig, nach Ab-



Hans-Rudolf Merz

bau der Ausschüttungsreserve, kann die Nationalbank nämlich nur rund 1 Milliarde Franken pro Jahr – an die Kantone – auszahlen, also deutlich weniger. Die blossige Änderung des Verteilschlüssels trüge somit nicht merklich dazu bei, die immer grössere Finanzierungslücke der AHV zu schliessen. Dafür braucht es die geplanten Reformen, die jedoch bei Annahme der Initiative nur aufgeschoben würden.

Die nirgendwo sonst existierende Verknüpfung des geld- und währungspolitischen Auftrags der Nationalbank mit einem zentralen

sozialpolitischen Zweck öffnet ein weites Feld für politische Einflussnahme. Weil die Initiative nicht erfüllbare Gewinnerwartungen schürt, wird die Nationalbank unter politischen Druck geraten, ihre Gewinne zu steigern. Dafür müsste sie bspw. die Notenpresse laufen lassen oder ihre Währungsreserven risikoreich anlegen. Doch die Nationalbank ist kein Hedge Fund. Im Gegenteil: Sie muss frei sein, zur Stützung des Frankenkurses – wenn nötig – massive Verluste einzufahren. Dank der Nationalbank genießt unser Franken weltweit grosses Vertrauen und ist die Inflation tief. Mit Annahme der Initiative würde dies wegen der ständigen Diskussion über die Gewinne schwieriger. Das Ziel der Preisstabilität stünde im Konflikt mit dem Ziel, möglichst hohe Erträge zu erzielen. Dies würde der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik schaden; den Franken instabil machen.

Die Initiative erschliesst keine neuen Finanzquellen, sondern verteilt lediglich die vorhandenen Mittel um. Werden diese an einem Ort eingesetzt, so fehlen sie an einem andern. Bei Annahme der Initiative

würde der Bund eine Finanzierungsquelle verlieren. Diese müsste er durch andere Einnahmen oder durch Sparmassnahmen kompensieren, was schwerwiegende Auswirkungen hätte. Auch in den Kassen der Kantone entstünden neue Löcher. Denn in den kommenden Jahren zahlt die Nationalbank gemäss bestehender Regelung 2,5 Milliarden Franken pro Jahr aus: 833 Millionen an den Bund, 1,666 Milliarden an die Kantone. Die Ausschüttung ist deshalb so hoch, weil die Nationalbank derzeit eine aus früheren Gewinnen gebildete Reserve abbaut. Die KOSA-Initiative gibt keine Antwort, wie die Einnahmehausfälle zu kompensieren seien.

Die KOSA-Initiative behebt nicht nur nicht das Problem der Sicherung der AHV-Finanzierung, sondern schafft für unseren Franken, für Bund und für Kantone drei neue Probleme. Die Initiative wirft somit mehr Fragen auf, als Lösungen anbietet.

Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Christian Rathgeb

Der Bündner Kantonalpräsident Christian Rathgeb hat die Trendwende geschafft. Bei den kantonalen Wahlen im Mai legte die Bündner FDP zu und gewann vier zusätzliche Sitze. Die kontinuierliche Aufbauarbeit, die seit Jahren im Kanton Graubünden geleistet wird, hat sich also gelohnt. Für diesen grossartigen Erfolg gebührt Christian Rathgeb – und mit ihm eigentlich der ganzen Bündner FDP – der Titel «Kopf des Monats».



Christian Rathgeb,
der Kopf des Monats Mai.

Geit's no?

Der neue Schweizer Pass kostet doppelt so viel wie der alte, nämlich 250 Franken. Dafür ist er dann aber auch nur noch 5 Jahre gültig und nicht mehr 10, wie dies heute der Fall ist. Damit aber noch nicht genug des Ungemachs. Mit dem neuen Pass steigt der Staat auch noch ins Fotogeschäft ein. Wer ab Ende Oktober einen neuen Pass will, muss sich nämlich in einem der sieben staatlichen Passzentren ablichten lassen. Diese Zentren befinden sich in den Kantonen Bern, Aargau, Basel-Stadt, Graubünden, St. Gallen, Tessin, Zürich und Waadt. Vorbei sind also die Zeiten, als man sein Passbild

unkompliziert im Automaten oder beim Fotografen im Ort machen lassen konnte. Für das offizielle Bild im offiziellen roten Büchlein mit dem weissen Kreuz lässt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Bürgerinnen und Bürger offiziell antraben, um sie gleich selbst abzulichten. Die Frage darf gestellt werden, ob es zur Kernaufgabe des Staates gehört, seine Bürgerinnen und Bürger abzulichten. Interessant in diesem Zusammenhang: Deutschland und die USA haben bereits neue biometrische Pässe. Staatsfotografen brauchen diese beiden Länder aber nicht.

Salärdebatte

Verdienter Lohn für die Arbeit?

Die Höhe einzelner Managersaläre hat in den vergangenen Monaten die Gemüter erregt. Es wurden Fragen hervorgehoben, die keine einfache Antwort bekommen können. Ich versuche, meine Überlegungen dazu darzustellen.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Wer verdient wie viel?

Diese Frage ist doppeldeutig, wie der Sinn des Wortes «verdienen» auch. Verdient ein Manager, ein Fussballer, ein Tennisspieler, ein Autorennfahrer und so weiter sein Gehalt in zweistelliger Millionenhöhe? Solch hohe Gehälter stehen im Grunde genommen in keinem Verhältnis zu Leistung und Verantwortung, insbesondere wenn man das Gehalt der meisten anderen Menschen betrachtet, deren Arbeit ebenfalls wichtig, ja unerlässlich ist, und das nur einen Bruchteil dieser Löhne beträgt. Dies sagen uns die Vernunft und auch das Bauchgefühl.

Wer bezahlt?

Wesentlich ist auch die Frage, wer denn diese Löhne bezahlt und weshalb.

Ein Lohnempfänger braucht immer jemanden, der einen Lohn bezahlt – dies ist bei Managern nicht anders. Jeder Arbeitnehmende weiss, dass man zwar einen beliebigen Lohn fordern kann, aber in der Regel nicht alle Forderungen erfüllt werden. Der Arbeitgeber zahlt diesen Lohn dann, wenn er davon ausgehen muss, dass der Angestellte dieses Geld wert ist und er ansonsten das Unternehmen möglicherweise verlässt und die Kosten – respektive die entgangenen Gewinne – höher wären als der zu zahlende Lohn. Der Clubpräsident, welcher einem Fussballspieler ein Millionensalär zahlt, geht davon aus, dass sich diese Investition aus-

zahlt. Unternehmungen, welche ihren angestellten Managern Millionen bezahlen, gehen davon aus, dass sich dieser Lohn buchstäblich lohnt. Denn schliesslich ist es ihr Geld, das hier ausgegeben wird. Unternehmerisch gesehen ist deshalb die Antwort auf die Frage, ob solche Saläre gerechtfertigt sind, etwas schwieriger. Nur bei öffentlichen Strukturen gehört die Antwort der Politik. Bei privaten Unternehmungen soll sich die Politik etwas zurückhalten, weil eigentlich jene die Antwort geben müssen, die bezahlen.

Wer kann das Problem lösen?

In der Vergangenheit wurde immer wieder das Einschreiten der Politik gefordert. Der Ruf nach Maximallöhnen und anderen Systemen, um den Lohn nach oben zu begrenzen, wurde laut. Die Politik soll aber nur dort eine Antwort geben, wo sie tatsächlich zuständig ist: bei öffentlichen Unternehmungen. Sie muss nach dem Kriterium des «Verdienens» vorgehen und übermässige Entschädigungen verweigern.

Bei Privaten spielt die Politik nur eine indirekte Rolle, weil die Besitzer der Unternehmungen die Ant-

wort geben müssen. Dort stellt sich allerdings eine weitere heikle Frage: Besitzer sind die Aktionäre – sind aber die Aktionäre auch diejenigen, die tatsächlich entscheiden? Die formale Antwort ist selbstverständlich «ja», indem die Verwaltungsräte von den Aktionären bestimmt und kontrolliert werden. Ist es aber tatsächlich so, dass sie auch materiell zuständig sind? Oder ist die Kompetenzverteilung zwischen Aktionären und Management so geregelt, dass die Einflussnahme der Aktionäre verunmöglicht wird?

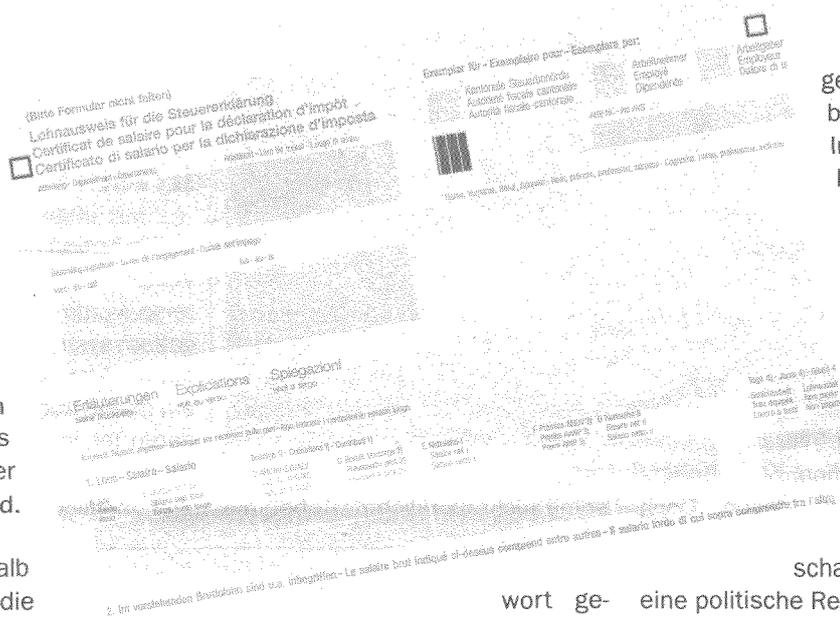
Die Antwort auf diese Frage kann im Rahmen der Revision des Aktienrechtes, die im Gange ist, gegeben werden. Damit die Aktionäre tatsächlich entscheiden können, brauchen sie die notwendigen Mitbestimmungsinstrumente. Sie können sie aufgrund einer gesetzlichen oder statutarischen Regelung bekommen: bei den Publikumsgesellschaften wird eine gesetzliche Re-

gelung unvermeidbar, weil die Interessen der Kleinaktionäre solcher Gesellschaften nicht anders zu gewährleisten sind. Die Politik ist deshalb gefordert. Bei privaten Aktiengesellschaften oder Körperschaften dagegen ist eine politische Regelung nicht notwendig. Dort ist an die Vernunft der Aktionäre zu appellieren.

Schlussfolgerungen

Vernünftige Antworten auf politisch schwierige Fragen sind immer möglich. Ich habe in diesem Artikel versucht, meine freisinnige Antwort auf einige zu geben. Es gibt jedoch Fragen, deren Antwort in der Öffentlichkeit nicht gehört wird, weil die Fragestellung selber die Empfindlichkeiten so stört, dass die Bereitschaft zur Diskussion geschwächt wird.

Mit der Erhöhung der Managersaläre sind Schweizer Unternehmungen so weit gegangen, dass das Risiko gross ist, dass vernünftige Antworten nicht mehr gehört werden. Mit der Senkung der Bereitschaft, darüber zu reden, wird leider auch die Bereitschaft zum Verständnis anderer wirtschaftspolitisch wichtiger Fragen sinken.



gelung unvermeidbar, weil die Interessen der Kleinaktionäre solcher Gesellschaften nicht anders zu gewährleisten sind. Die Politik ist deshalb gefordert. Bei privaten Aktiengesellschaften oder Körperschaften dagegen ist eine politische Regelung nicht notwendig. Dort ist an die Vernunft der Aktionäre zu appellieren.

Neue Regierungspräsidentin

FDP präsidiert wiederum die Regierung des Kantons St. Gallen

Der Kantonsrat wählte die 42-jährige Justiz- und Polizeidirektorin, Karin Keller-Sutter, zur Regierungspräsidentin des Kantons St. Gallen 2006/2007. Sie löst damit ihren Parteikollegen Willi Haag ab. Die FDP Schweiz gratuliert der Regierungsrätin und wünscht ihr in ihrem ehrenvollen Amt als Regierungspräsidentin viel Erfolg.



Willi Haag gratuliert Karin Keller-Sutter.

Frauen treten zurück

FDP-Vizepräsidentinnen treten nicht mehr zur Wiederwahl an

Marina Masoni und Marianne Kleiner, beide Vize-Präsidentinnen der FDP Schweiz, haben bekanntgegeben, dass sie sich nicht mehr zur Wiederwahl zur Verfügung stellen. Die FDP dankt Marina Masoni und Marianne Kleiner für ihren Einsatz. Die offizielle Verabschiedung findet im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Murten statt. Die Kantonalparteien wurden aufgefordert, Kandidaturen anzumelden.

Fraktionsausflug

Irrfahrt

Die Nationalräte Philipp Müller, Georges Theiler, Edi Engelberger und Walter Müller reisten im Privatwagen zum Fraktionsausflug an. Diese Anreise wurde allerdings zur Irrfahrt. Nachdem Edi Engelberger das Navigationssystem programmiert hatte, fuhr «Chauffeur» Philipp Müller nicht auf direktem Weg zur Fraktion nach Basel, sondern nach Delsberg. Erst am Abend stiessen sie dann zur Fraktion. Immerhin: Ihre Präsenz am anderen Tag im Nationalrat zeigte, dass der Rückweg in nützlicher Frist gefunden wurde.

Veranstaltung

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz 18./19. August 2006 in Murten

Freitag, 18. August

- 12.15–13.45 **Sekretärenkonferenz**
- 14.00–16.00 **PPK**
- Delegiertenversammlung**
- 16.30 Ansprache des Parteipräsidenten
- Statutarische Geschäfte** (Wahl Vizepräsidenten/Präsidenten, Wahl der Geschäftsleitung)
- Die offene Schweiz**
 - Die Schweizer Wirtschaft in den neuen Märkten Europas (Podiumsgespräch)
 - Vision einer offenen Schweiz (Rede Bundesrat Hans-Rudolf Merz)
 - Osthilfegesetz
- 19.30 Essen (Anmeldung unbedingt erforderlich)

Samstag, 19. August

- 9.30 **Die offene Schweiz**
 - Integration (Podiumsdiskussion, Diskussion des Positionspapiers)
- 12.30 Schluss der DV



Luzern

Grosswangen LU: das «politischste Dorf der Schweiz»

Grosswangen, im Luzerner Rottal gelegen mit knapp 3000 Einwohnern, darf sich das «politischste Dorf der Schweiz» nennen. Was lässt sich von Grosswangen lernen?

Die stimmberechtigte Bevölkerung von Grosswangen macht, mit Blick auf den ganzen Kanton Luzern, weniger als ein Prozent aus. Setzt man diese Zahl ins Verhältnis zum «politischen Personal» aus Grosswangen, so besteht wohl kein Zweifel mehr, dass Grosswangen das «politischste Dorf der Schweiz» sein muss! Folgende politischen Mandate und Funktionen werden von Grosswanger/innen ausgeübt:

- Ständerat Franz Wicki (CVP)
- Nationalrat Josef Kunz (SVP)
- Grossrätin Angela Pfäffli (FDP)
- Grossrat Anton Kunz (SVP)
- Oberrichterin Renata Wüest (FDP)
- Geschäftsführer Kantonalpartei Othmar Wüest (FDP)
- Amtsparteipräsident Abraham Krieger (FDP)

Interessant ist auch ein Blick auf die Resultate der letzten Grossrats- und Regierungsratswahlen 2003. Die Stimmbeteiligung in Grosswangen betrug 68,8%. Die SVP hat vor allem in landwirtschaftlich ge-



Mit Angela Pfäffli, welche am 19. Juni 2006 im Grossen Rat vereidigt wurde, hat sich der «Grosswanger Power» nochmals erhöht.

prägten Gemeinden einen grossen Zulauf. Grosswangen ist das zweitgrösste Bauerndorf im Kanton Luzern und die SVP wird unterdurchschnittlich gewählt.

«Resistente» FDP

Das Aufkommen der SVP im Kanton Luzern hat der FDP Grosswangen nicht geschadet. Die FDP konnte ihren Wähleranteil seit 1971 kon-

stant bei deutlich über 30% halten. Was macht die Stärke der FDP aus? Die Ortspartei ist gut organisiert und stellt in den Behörden und Kommissionen ausgewiesene Persönlichkeiten. Sympathisch macht die Partei, wie sie die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und sich für Lebensqualität einsetzt. Einen «feinen Riecher» hat die FDP bei wichtigen Gemeindethemen entwickelt, wo sie meistens auch den Lead übernimmt. Einen hohen Stellenwert nimmt die Öffentlichkeitsarbeit ein, sei es mit dem eigenen, jährlich mehrmals erscheinenden «Grosswanger Kurier» an alle Haushaltungen, der Homepage oder der Berichterstattung in den Medien. Neben Politik wird auch Geselligkeit gross geschrieben, was den Kitt unter den Menschen bildet. Wer nun glaubt, in Grosswangen würde ein politisch vergiftetes Klima existieren, sieht sich getäuscht. Es herrscht eine gute Streitkultur, welche auf gegenseitigem Respekt und Achtung basiert!

Wähleranteil bei den Gross- und Regierungsratswahlen 2003

	Grosswangen	Kanton Luzern
FDP	33,92%	23,25%
CVP	41,67%	35,88%
SVP	16,80%	19,88%
SP	3,62%	11,57%
Grüne	2,17%	5,63%

Graubünden

Wahlsieg für die FDP Graubünden



Die FDP Graubünden konnte bei den Kreiswahlen 2006 einen beachtlichen Wahlerfolg erzielen. Die FDP-Fraktion vergrösserte sich von bisher 29 Grossräten auf 34 (davon 5 Frauen). Die FDP

Graubünden ist somit die klare Wahlsiegerin der diesjährigen Grossratswahlen. Bei den Regierungsratswahlen hat Martin Schmid (Bild) ein sehr gutes Resultat erzielt. Er wurde zudem vom Grossen Rat zum Regierungspräsidenten 2007 gewählt und erhielt 114 von 117 Stimmen.

Luzern

FDP verleiht Unternehmerinnen-Preis



Die FDP des Kantons Luzern verleiht auch dieses Jahr den Preis für besondere Leistungen in der Luzerner Wirtschaft – diesmal an selbst-

ständig erwerbende Frauen. Zur Teilnahme eingeladen sind Firmengründerinnen und Unternehmerinnen oder Frauen, die sich im Klein- und/oder Familienbetrieb besonders engagieren. Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 14. Oktober 2006 in Sempach.

Zürich

Regierungsratswahlen

Die Küsnachter Gemeindepräsidentin Ursula Gut will Zürcher Regierungsrätin werden. Sie will mit Herz und Vernunft für einen Wirtschaftsraum, Werkplatz und Bildungsstandort im Kanton Zürich einstehen. Die FDP wünscht ihr viel Erfolg.



Freisinn in Berlin

Berlin war das Ziel der diesjährigen «Freisinn»-LeserInnen-Reise, die vom 17. bis 20. Mai stattfand. Die von Christof Häfeli (Creazione Viaggi) gut organisierte und geleitete Reise stand unter dem Motto «Politik, Kultur und Architektur». Ständerat Fritz Schiesser begleitete die rund 20-köpfige Reisegruppe durch die deutsche Hauptstadt.



Die Reisegruppe auf dem Dach des Reichstagsgebäudes.

Von Jon A. Fanzun, Politischer Sekretär FDP Schweiz

Die erste Etappe unserer Reise führte uns in das Regierungsviertel Berlins. Mit Sascha Buchbinder, Auslandskorrespondent des «Tages-Anzeigers», und Ursula Hürzeler, Korrespondentin von Schweizer Radio DRS, diskutierten wir über ihre Arbeitserfahrungen sowie über aktuelle Themen der Berliner Politik, wie etwa die Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs in Berlin Mitte. In der Schweizer Botschaft wurden wir von Botschafter Christian Blickenstoffer begrüsst, der erst wenige Tage zuvor von seinem Posten in Washington angekommen war.

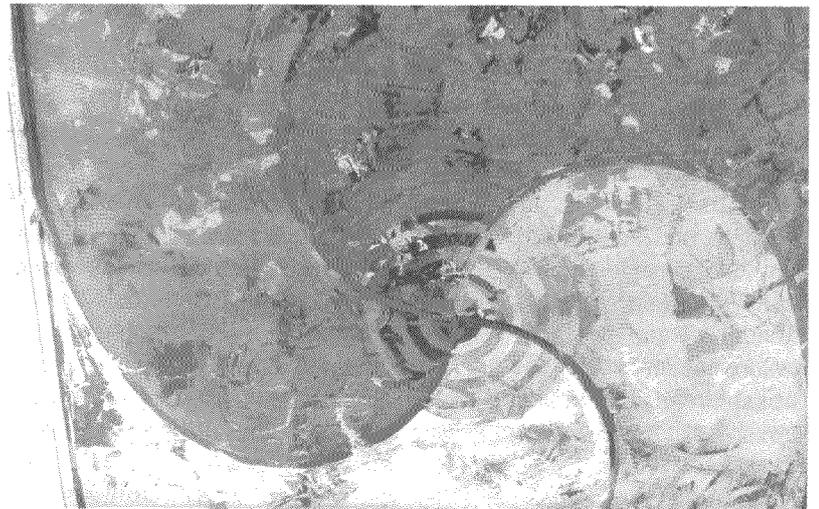
Nachdem die Gruppe die wunderbare Aussicht von der Reichstagskuppel genossen hatte, wurden wir von einer hochkarätigen Delegation der FDP-Bundestagsfraktion empfangen. Die Europapolitik stand im Zentrum dieser Gesprächsrunde. Die Schweizer Besucherinnen und Besucher konnten feststellen, dass der Schweiz zwar viel Sympathie entgegengebracht wird, das Ver-

ständnis für Sonderlösungen aber abnimmt.

Politik und Kultur

Der zweite Tag stand im Zeichen der Politik und der Kultur. Auf dem Programm stand ein Besuch in der Bundesgeschäftsstelle der FDP Deutschland. Die Vertreter unserer Schwesterpartei gewährten uns einen Einblick in die Funktionsweise der Partei und deren Arbeit in der Opposition. Die Situation der FDP Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass sie personell und programmatisch gestärkt aus den vorgezogenen Neuwahlen vom letzten Herbst hervorging, sich aber dennoch auf der Oppositionsbank mit entsprechend beschränkten Einflussmöglichkeiten wiederfand.

Nach dieser intensiven Beschäftigung mit Politik bot der Besuch des Museums für Gegenwart eine willkommene Abwechslung. Einen Höhepunkt bildete dabei der Besuch der Sonderausstellung des amerikanischen Künstlers Richard Jackson, in der architektonische



Ein Kunstwerk von Richard Jackson.

Räume und wandgreifende Maleereien gezeigt werden.

Dunkle Vergangenheit

Am dritten Tag setzten wir uns mit der Staatssicherheit der DDR auseinander. Das Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen legt ein erschreckendes Zeugnis davon ab, wie die nahezu lückenlose Überwachungs-, Manipulations- und Verfolgungsmaschinerie der SED-Diktatur funktionierte. Rudi Thurow, den wir am berühmten «Checkpoint Charlie» trafen, hat die Auswüchse dieser Diktatur am eigenen Leib erfahren. Er flüchtete 1962 nach Westberlin und betätigte sich danach jahrelang als Fluchthelfer. Die Stasi betrachtete ihn als Verbrecher und wollte ihn ermorden, was glücklicherweise misslang.

Literatur und Architektur

Einen weiteren Höhepunkt der Reise bildete das Nachtessen im «Internationalen Club im Auswärti-

gen Amt». Einer der Gäste war der Schweizer Schriftsteller Matthias Zschokke, der uns einige Kostproben aus seinem neuesten Roman «Maurice mit Huhn» gewährte. Zschokke, der seit 1980 in Berlin lebt, wurde der diesjährige Solothurner Literaturpreis zugesprochen.

Der letzte Tag war der Berliner Architektur gewidmet. Hierbei konnten wir uns auf die Fachkenntnisse von Professor Hans Kollhoff stützen, dem Architekten mehrerer wichtiger Bauten in Berlin. Krönung der Reise war der Besuch des Schlosses Charlottenburg.

Die freisinnige Reisegruppe erlebte vier abwechslungsreiche und intensive Tage in Berlin. Langeweile ist jedenfalls nie aufkommen; kein Wunder bei dem reichhaltigen Programm. Wir sind gespannt, wohin die nächste «Freisinn»-Leser-Reise führt. Berlin wäre auf jeden Fall auch eine zweite Reise wert!

KOSA

Initiative schafft Probleme – statt sie zu lösen

Die Kosa-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» kommt zwar erst in drei Monaten zur Abstimmung – doch macht sich jetzt schon Nervosität breit. Mit gutem Grund.

Von Nationalrat Markus Hutter

Bei der Initiative geht es nicht nur um viel Geld, sondern auch um einen Entscheid von grösster politischer Tragweite: Soll in Zukunft Geld- mit Sozialpolitik verknüpft werden, wie dies die Kosa-Initiative will, oder nicht?

Mein Fazit: Die Kosa-Initiative löst kein Problem der AHV, schafft dafür aber Neue für Bund, Kantone und die Nationalbank. Sie ist deshalb abzulehnen. Zusammengefasst hier die wichtigsten Argumente:

Keine Lösung für die AHV

Die Kosa-Initiative löst die Finanzierungsgänge weder zuverlässig noch nachhaltig:

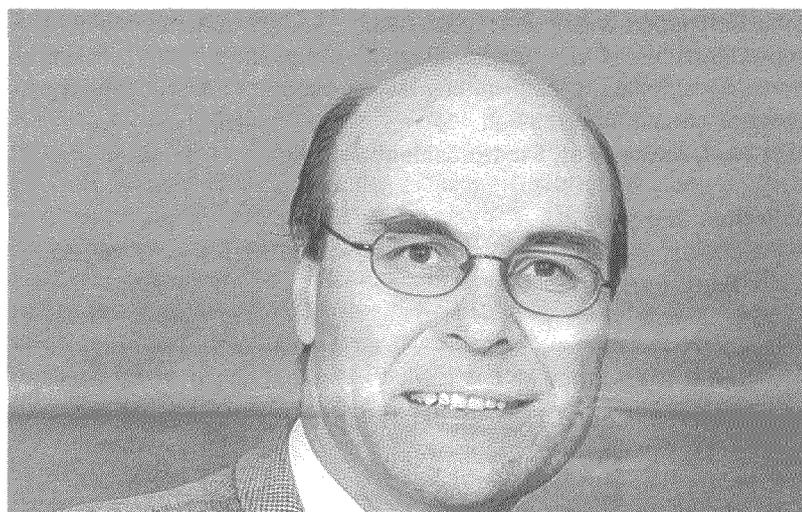
– Darüber, wie viel Geld der AHV dank Kosa zugute kommt, herrscht Uneinigkeit. Gegner und Befürworter rechnen ab 2013 mit unterschiedlichen Zahlen: Befürworter gehen von ausschüttbaren Gewinnen von rund 2,5 Milliarden Franken aus, während die Nationalbank mit einer Milliarde Franken rechnet – der den Kantonen vorbe-

halten bliebe. Der AHV bliebe nichts.

– Die Initiative löst die Finanzierungsprobleme nicht nachhaltig. Die jährlichen Ausgaben der AHV belaufen sich auf über 30 Milliarden Franken, bis 2025 rechnet man mit einer Finanzierungslücke von jährlich 9–12 Milliarden Franken. Käme der AHV also, wie optimistisch erhofft, jährlich rund eine Milliarde Franken zugute, wäre dies ein Tropfen auf den heissen Stein. Saniert wäre nichts. Dafür braucht es die von Bundesrat und Parlament aufgelegte 11. und spätere 12. AHV-Revision.

Probleme für den Bund

Das der AHV statt dem Bund gutgeschriebene Geld fehlte dem Bund: bis 2012 rechnet man mit jährlichen Ausfällen von über 800 Millionen Franken. Dabei machen die Ausgaben für die Sozialversicherungen auch ohne Kosa-Initiative einen immer grösseren Anteil der Ausgaben aus (1980 ein Fünftel, heute gut ein Viertel). Der Bund verfügt über immer weniger Geld für



Markus Hutter

weitere wichtige Aufgaben wie Bildung oder Verkehr. Die Kosa-Initiative verstärkt diese Tendenz weiter. Ausgerechnet jene Kreise, die der bürgerlichen Seite bei jeder Gelegenheit vorwerfen, sie wolle den Staat «aushungern», wollen nun dem Bund massiv Mittel entziehen.

Probleme für die Kantone

Bei Annahme der Kosa-Initiative verbliebe den Kantonen die ihnen vorbehaltene Milliarde Franken jährlich. Im Vergleich zu heute wäre dies im Jahr 2008 ein Minus von 666 Millionen Franken, für den Kanton Zürich eines von 114,5 Millionen Franken. Diese Kürzung macht keinen Sinn, genauso wie sie beim Bund keinen Sinn macht.

Probleme für die Nationalbank

Die grösste Schwäche der Initiative besteht jedoch darin, dass die

Nationalbank wegen der Verbindung ihrer Gewinnausschüttung mit der Sozialpolitik ihre Unabhängigkeit verlieren würde. Sie geriete unter Druck, möglichst hohe Erträge zu erzielen. Die Verfassung trennt heute Altersvorsorge und Geldpolitik zu Recht: Die Nationalbank kann sich auf ihren gesetzlichen Auftrag – Preisstabilität – konzentrieren und wird nicht zur Erfüllung anderer Staatsaufgaben herangezogen. Kein Land kennt eine der Kosa-Initiative entsprechende Zweckbindung.

Fazit: Die Kosa-Initiative ist gut gemeint, aber nichts als ein Luftschloss. Kein Rappen steht zusätzlich zur Verfügung – das vermeintlich zusätzliche Geld wird Bund und Kantonen weggenommen. Sinnvoller ist es, die AHV – inklusive Invalidenversicherung – materiell und nachhaltig zu sanieren: zugunsten dieser und der nächsten Generationen.

Indirekter Gegenvorschlag zur Initiative

Der von Bundesrat und Parlament vorgesehene indirekte Gegenvorschlag sieht vor, dass der Bundesanteil der überschüssigen Goldreserven in der Höhe von 7 Milliarden Franken dem AHV-Fonds gutgeschrieben wird. Dies wäre ein einmaliger, berechenbarer Betrag, der die Finanzlage des AHV-Fonds im Hinblick auf notwendige Reformen stärken würde. Grund genug, die Initiative entschieden abzulehnen.

Meinungsvielfalt als prägendes Element des Freisinns

Anlässlich der Einreichung der FDP-Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechtes hat sich gemäss der Tageszeitung «Der Bund» vom 12. Mai 2006 der Geschäftsführer der FDP Zürich, Konrad Hurni, so geäussert, dass in der FDP eigentlich nichts mehr zu suchen habe, wer nicht hinter dieser Initiative stehe. Diese Aussage verrät ein tendenziell totalitäres Denken, das in der FDP nichts zu suchen hat. Als Liberale verabscheuen wir jeglichen Anspruch auf geistige Achtungsstellung. Das Unfehlbarkeitsdogma überlassen wir anderen Kreisen. Offenbar hat Konrad Hurni vergessen, was ein prägendes Element des Liberalismus ist: die Möglichkeit, dass auch der andere Recht haben kann, sollte uns bei jeder politischen Diskussion vor Augen sein. Diese Toleranz vermisse ich bei jenen Freisinnigen, welche sich auf ein Ziel eingeschossen haben und deshalb dazu neigen, anders lautende Meinungen entweder lächerlich zu machen, zu ignorieren oder aber dann als unfreisinnig darzustellen. Diese Haltung ist mit unserem neuen Logo «Wir Liberalen» absolut unvereinbar.

Kurt Fluri, Nationalrat, Stadtpräsident Solothurn

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz, Redaktion «Freisinn», Postfach 6136, Neuengasse 20, 3001 Bern, gnaegi@fdp.ch

Anzeige

**EINE SOLIDARITÄTS-
PATENSCHAFT**
für die Zukunft der Kinder



Terre des hommes

021/654 66 66

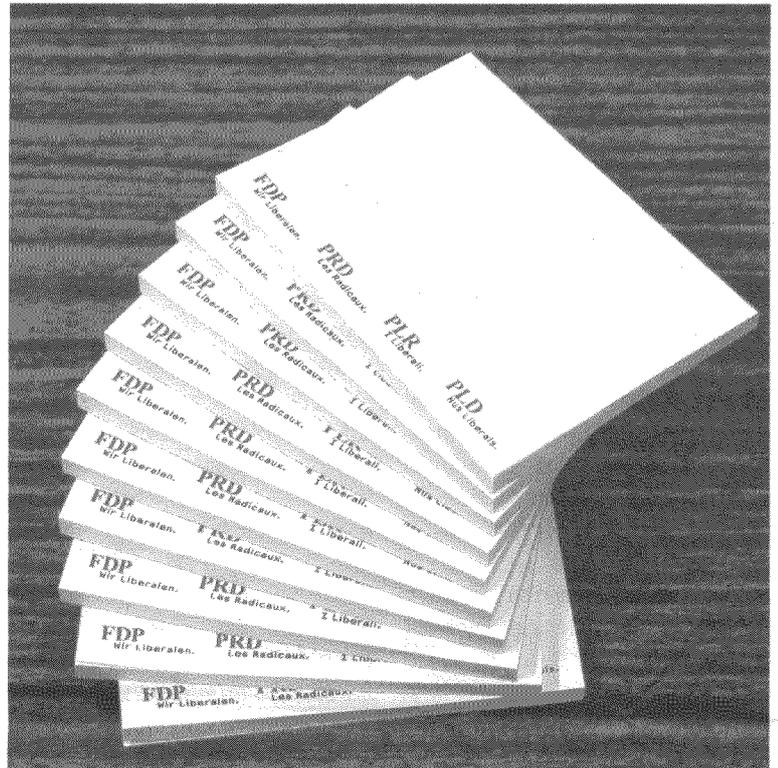
Terre des hommes, En Budron C8,
1052 Le Mont-sur-Lausanne
Fax 021/654 66 77 • E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

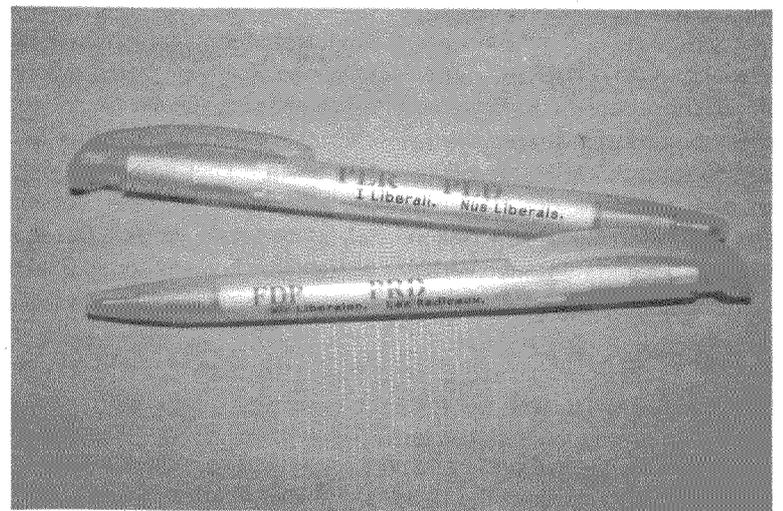


20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung

Kugelschreiber mit FDP-Logo

Damit die Post-it nicht leer bleiben...



50 Stück

Preis: Fr. 35.– zuzüglich Porto und Verpackung

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Gesundheitspolitik

FDP fordert eine Gesundheitsverfassung

Die FDP hat in der dritten Woche der Sommersession eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche eine Ergänzung resp. Änderung der Verfassungsbestimmungen zur Kranken- und Unfallversicherung vorsieht. Mit dem Verfassungsartikel werden liberale Grundprinzipien für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen auf Verfassungsebene verankert.

Von Nationalrat Felix Gutzwiller (ZH), Fraktionspräsident

Am 21. Mai 2006 hat sich das Schweizer Stimmvolk für eine neue Bildungsverfassung ausgesprochen. Der nun für den Bildungsbereich geltende Mechanismus lässt sich bezüglich der landesweiten medizinischen Grundversorgung sowie der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen involvierten Akteuren auch auf den Bereich der Gesundheitspolitik übertragen.

Mit einer etwas differenzierteren Regelung gewisser Grundsätze und Prinzipien auf Verfassungsebene soll eine «liberale Rahmenordnung» geschaffen werden, auf deren Basis die Partner des Gesundheitswesens ihre – auf Gesetzesstufe präzisieren – Rechte und Pflichten wahrnehmen können. Dieser Rahmenartikel bezieht sich auf alle ambulanten und stationären medizi-

nischen Leistungen und festigt die Kriterien der Wirksamkeit, der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit.

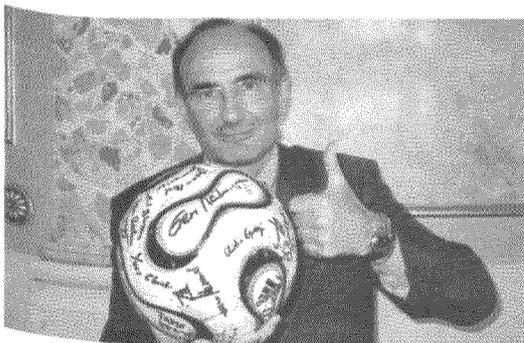
Bei der Koordination und Sicherstellung der kantonsübergreifenden stationären Versorgung soll der Bund eine bedeutendere Rolle spielen als bisher, indem er gemeinsam mit den Kantonen und den privaten Trägerschaften für ein adäquates Angebot von qualitativ hochstehenden medizinischen Leistungen sorgt. Der Verantwortungsbereich der Kantone soll dabei nicht tangiert werden, doch kann der Bund in die überregionalen Koordinationsbestrebungen der Kantone eingreifen. Ein bestmögliches Behandlungsangebot für die Patientinnen und Patienten unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen steht dabei im Zentrum. In einer liberalen gesund-

heitspolitischen Rahmenordnung spielt nebst Bund und Kantonen auch der Miteinbezug der privaten Trägerschaften eine wichtige Rolle: dies nicht nur, um einen regulierten Wettbewerb mit kostendämpfender Wirkung zu ermöglichen, sondern insbesondere auch, um die Qualität der medizinischen Leistungen hochzuhalten und innovative Behandlungsmethoden für alle Versicherten zugänglich zu machen. Nebst der generellen stationären Versorgung soll in dieser Verfassungsbestimmung auch die hochspezialisierte Medizin explizit erwähnt werden. Die aktuelle Diskussion bezüglich der interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der Spitzenmedizin zeigt deutlich, dass es in der Gesundheitspolitik Fälle gibt, in denen eine Steuerung durch den Bund unausweichlich ist.

Die schweizweite «Steuerung» ist ein Begriff, der in unserem auf einem regulierten Wettbewerb beruhenden Gesundheitswesen bis heute keine grosse Rolle spielte. Aus einer liberalen Perspektive darf eine solche Steuerung keinesfalls einer zentralisierten und dirigistischen Gesundheitsordnung gleichkommen. Das Ziel besteht vielmehr darin, das Angebot medizinischer Leistungen in einem kleinen Land mit 26 verschiedenen Gesundheitssystemen so zu steuern, dass für alle Beteiligten ein Nutzen entsteht.

Mit ihrer Forderung nach einer Gesundheitsverfassung will die FDP einen konkreten Beitrag leisten für ein reformorientiertes und zukunftsbeständiges Schweizer Gesundheitssystem.

Kurz und bündig



Fussball regiert

Die FDP-Fraktion hat der Schweizer Nationalmannschaft für die Weltmeisterschaft in Deutschland viel Glück gewünscht. Felix Gutzwiller sandte vor Beginn der WM einen von der gesamten Fraktion unterschriebenen Fussball an unsere Schweizer Kicker.

Verhinderer-Koalition bittet zur Kasse Folgschwerer PUBLICA-Entscheid

Mit der Ablehnung des PUBLICA-Gesetzes haben SP und SVP einen folgschweren Entscheid für die Versicherten und für alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gefällt. Ohne Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat schreibt die PUBLICA weiterhin täglich Verluste. Diese Verluste sind durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu berappen. Die FDP-Fraktion verlangt deshalb eine rasche Lösung für die Beratungen im Ständerat.

Weniger Steuerbürokratie dank FDP-Vorstoss – die Mehrwertsteuer wird einfacher

Mit der vom Bundesrat verabschiedeten Verwaltungsänderung zum Mehrwertsteuergesetz werden bürokratische Hindernisse und Schika-

nen für Mehrwertsteuerpflichtige abgebaut. Damit wird der administrative Aufwand – insbesondere für KMU – verringert. Die Änderungen, welche bereits am 1. Juli in Kraft treten, gehen auf einen Vorstoss der FDP zurück.

Stärkung des Forschungsplatzes dank FDP – Stiftung Forschung Schweiz nimmt wichtige Hürde

Der Bundesrat hat das Postulat für die Schaffung einer «Stiftung Forschung Schweiz» angenommen. Damit ist nach dem Plebiszit für die Bildungsverfassung ein weiterer Schritt für die Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz und damit für eine intelligente Schweiz gemacht. Der Bundesrat wird nun prüfen, inwiefern der Bund einen Beitrag an diese Stiftung leisten kann.

Liberaler Arbeitnehmer gegen die KOSA-Initiative

Aufruf zum Komiteebeitritt

Von Regina Ammann,
Kernteam Liberaler Arbeitnehmer
(LIAN)

Am 24. September 2006 gelangt die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA) zur Abstimmung. Die Liberalen Angestellten sprechen sich gegen dieses trügerische Begehren aus gewerkschaftlichen Kreisen aus und bilden ein eigenes Komitee.

Was will die Initiative?

Die KOSA-Initiative will, dass künftige ordentliche SNB-Gewinne – abzüglich 1 Mrd. Franken an die Kantone – an den Ausgleichsfonds der AHV ausbezahlt werden.

Das heisst: Die Initiative will den verfassungsmässigen Verteilungsschlüssel der Nationalbankgewinne zugunsten der AHV ändern. Die Kantone sollen anstelle ihres Zweidrittelsanspruchs nur noch 1 Mrd. Franken pro Jahr erhalten; der Rest ginge an die AHV. Neue Finanzquellen werden mit der Initiative nicht geschaffen. Es wird nur umverteilt.

Was passiert bei Annahme der Initiative?

Im Dezember 2005 haben National- und Ständerat den indirekten Gegenvorschlag der vier Bundesratsparteien zur KOSA-Initiative (Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV») klar angenommen. Der Bundesanteil von 7 Mrd. Fr. aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes soll damit dem Ausgleichsfonds der AHV zugute kommen. Die Ausschüttung kann allerdings erst dann erfolgen, wenn die KOSA-Initiative zurückgezogen oder vom Souverän abgelehnt worden ist. Sowohl National- als auch Ständerat beschlossen die Ablehnung der KOSA-Initiative. Falls Stimmbürgerinnen und -bürger die KOSA-Initiative annehmen sollten,

wird die Initiative aufgegeben, und ohne anders lautenden Beschluss müsste das Geld dann für den Schuldenabbau verwendet werden.

Argumente gegen die Initiative aus Angestelltensicht

– Die KOSA-Initiative kann ihr Ziel, die AHV finanziell zu sichern, bei weitem nicht erreichen, sie droht aber die Qualität der Geldpolitik, und damit letztlich die Preisstabilität, zu gefährden. Eine unabhängige Geld- und Währungspolitik ist aber ein essentieller Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft und ist daher im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Während unsere Nachbarländer mit der Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) diese den Einflüssen der Politik weitgehend entzogen haben, zielt die KOSA-Initiative auf die Statuierung einer solchen Einflussnahme ab. Das können wir nicht zulassen.

– Bei einer Annahme der KOSA-Initiative geriete die SNB in einen Zielkonflikt: Sie müsste weiterhin eine Geldpolitik im Gesamtinteresse des Landes führen und dabei vorab Teuerung verhindern. Gleichzeitig würde aber der politische Druck auf sie, zusätzliche Gewinne zur Finanzierung der AHV auszuschütten, steigen, zumal die AHV mittelfristig finanziell schwierigeren Zeiten entgegengeht.

– Das Finanzierungsproblem bei der AHV wird nicht gelöst: Der voraussichtliche jährliche finanzielle Mehrbedarf der AHV wird bis ins Jahr 2025 die gegenwärtige Gewinnablieferung der SNB um ein Mehrfaches übersteigen. Auch kann nachhaltig pro Jahr nur mit der Ausschüttung von gut einer Milliarde Franken SNB-Gewinn gerechnet werden. Dieser Betrag aber wäre gemäss KOSA-Initiative jährlich an

die Kantone abzuliefern. Es verblieben somit kaum Mittel zur Dotierung des AHV-Fonds. Die Behauptung der Befürworter, «Rentenkürzungen und neue Mehrwertsteuer- oder Lohnprozente seien auf längere Sicht kein Thema mehr», ist somit eine leere Versprechung.

– Die AHV-Finanzierung aus SNB-Gewinnen ist zudem keine Problemlösung, sondern nur eine Problemverschiebung, da die Einnahmehausfälle beim Bund und den Kantonen mit einem Leistungsabbau oder mit Steuererhöhungen kompensiert werden müssten. Ohne Steuererhöhungen fehlen insbesondere bei den Kantonen Gelder für Bildung, Sicherheit (Polizei), Gesundheit (Spitäler) und Infrastruktur – das wollen wir liberalen Angestellten nicht zulassen.

Fazit:

– Die liberalen Angestellten lehnen die KOSA-Initiative ab. Die Realisierung der Initiative hätte negative Auswirkungen auf die Finanzen von Bund und Kantonen, derweil die Nationalbank immer mehr in ein

höchst unerwünschtes Abhängigkeitsverhältnis zur Politik geraten würde. Die Unabhängigkeit der SNB sollte gewahrt und deren Geld-, Währungs- und Reservepolitik nicht mit der Sozialpolitik verkoppelt werden.

– Zur langfristigen Sicherung der AHV sind andere, wirklich greifende Massnahmen nötig. Wir befürworten daher eine breite und offene Diskussion über die Optionen: Sollten unbequeme Schritte wie Rentenalter- oder Mehrwertsteuererhöhungen notwendig sein, ist dies frühzeitig zu thematisieren, um die nötige Akzeptanz zu schaffen. Spiegelfechtereien wie die KOSA-Initiative sind der langfristigen Sicherung der AHV aber nicht dienlich. Denn nur solide Sozialwerke schaffen Sicherheit und Vertrauen.

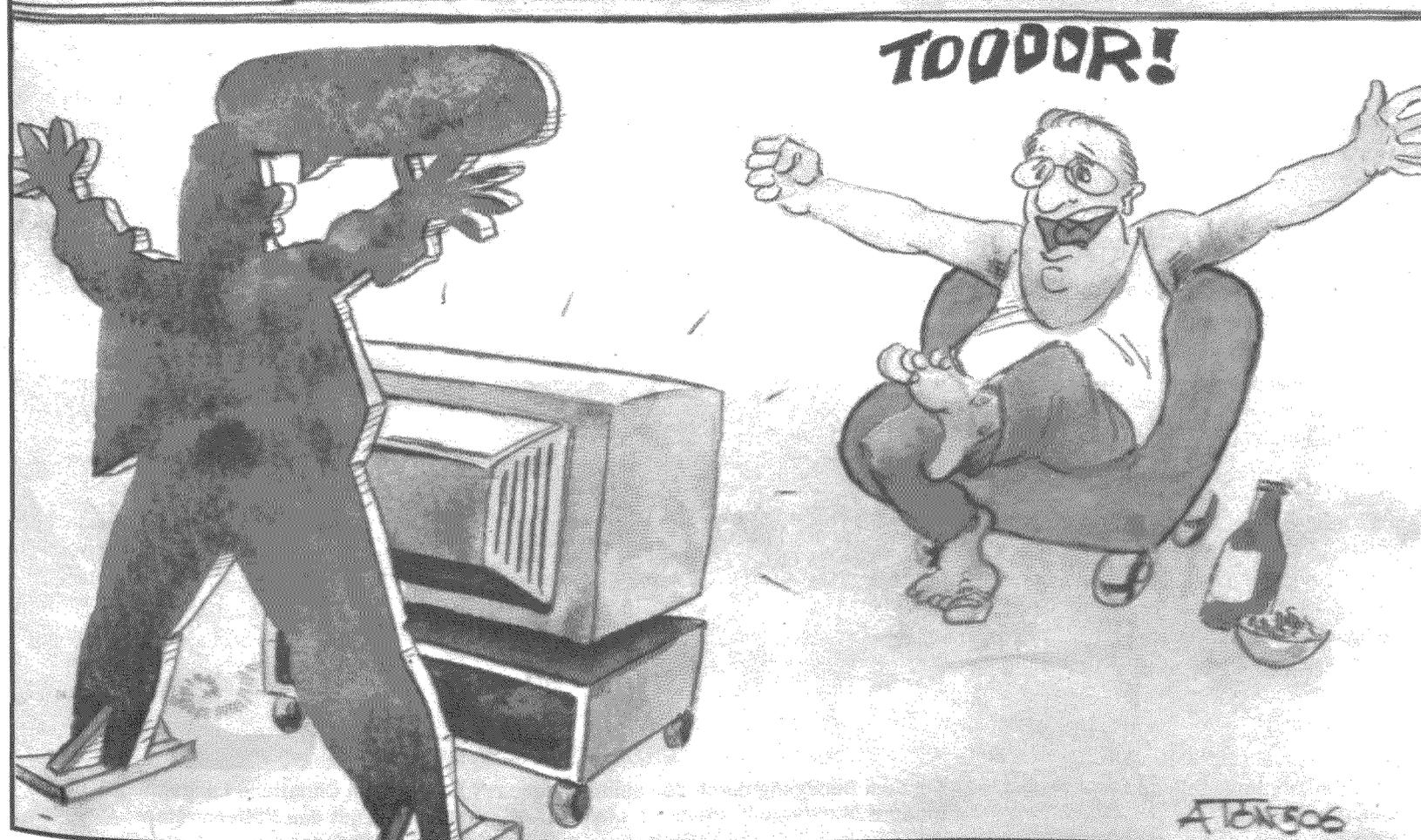
– Treten Sie dem Komitee bei und senden Sie folgende Angaben per Mail so schnell wie möglich zurück an Romain Clivaz, Generalsekretariat FDP, Bern (E-Mail: clivaz@prd.ch): Name, Vorname, berufliche Tätigkeit (Angabe Arbeitgeber fakultativ), Wohnort.

Wort des Monats

Integration

Der Begriff Integration stammt vom lateinischen «integratio» ab, das so viel bedeutet wie «die Herstellung zu einem Ganzen». Diese Definition trifft das Ziel der Integration sehr gut und zeigt vor allem, dass es bei der Integration nicht bloss um Ausländerinnen und Ausländer geht. Das Ziel aller Menschen in der Schweiz muss es sein, gemeinsam erfolgreich zusammen zu leben. Unsere Werte

ermöglichen ein erfolgreiches Zusammenleben in einer Wertegemeinschaft. Es geht also beispielsweise auch darum, Jugendliche erfolgreich in diese Gesellschaft zu integrieren; z. B. via Integration in die Arbeitswelt. Bei älteren Menschen muss dafür gesorgt werden, dass sie nicht an den Rand gedrängt und aus dieser Wertegemeinschaft ausgeschlossen werden.



Fraktionsausflug

FDP zu Gast bei Novartis...

Der traditionelle Ausflug der Bundeshausfraktion führte in die beiden Basler Halbkantone. Zu sehen war die intelligente Schweiz auf dem neuen Novartis-Campus und die wachsende Schweiz auf dem Klushof in Aesch, auf dem innovative Landwirtschaft betrieben wird.

Der Fraktionsausflug 2006 führte diesmal zu einem der wichtigsten Grossunternehmen der Schweiz – zur Novartis. Die Begrüssung von Novartis-Chef Daniel Vasella war herzlich. Kaum zu übersehen war sein Stolz, dass Novartis mit dem neu entstehenden Campus viel zu einer intelligenten Schweiz beiträgt. Der Campus soll zu einer weltweit einzigartigen Forschungs- und Bildungsstätte in der Pharmabranche werden und in Zukunft 10 000 Mitarbeitende beschäftigen. Im ersten fertigen Gebäude, einem Gesamtkunstwerk von Diener & Diener, wartete ein leichtes Sommer-Bufferet. Das gläserne und bunte Gebäude wirkt wie ein Symbol für die von Novartis angestrebte transparente und kommunikative Firmenkultur. Der Rundgang kann beginnen...

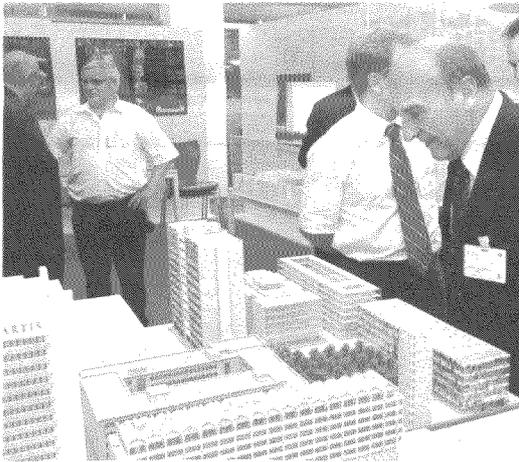
Der Novartis-Campus

Novartis verwandelt den Industriekomplex des St.-Johann-Areals in Basel mit seinen Forschungs- und Produktionsstätten, Bürogebäuden und dem internationalen Hauptsitz in ein hochmodernes Forschungs-, Entwicklungs- und Managementzentrum.

Auf Basis eines langfristig ausgerichteten, flexiblen Masterplans entsteht ein Campus des Wissens und der Innovation: eine funktionale und ästhetische Arbeitsumgebung mit idealen Voraussetzungen für Kommunikation, Wissensaustausch und Zusammenarbeit.



Die offizielle Begrüssung.



Ja, hier entsteht etwas!



Das Buffet im transparenten «Diener-Haus».



Ständerätin Trix Heberlein und Juan A. Gut, Bundes-Personalchef.



Auf dem Rundgang durch den eindrucklichen Campus.



Ständerätin Christiane Langenberger im Gespräch mit den Nationalräten Johannes Randegger und Didier Burkhalter.

... und auf dem Klushof

Ob Weinbau, Gastronomie oder Pferdepension – auf dem Familienbetrieb Koellreuter Klushof ist alles zu finden.

Andreas Koellreuter, alt FDP-Regierungsrat, hiess die Fraktion auf seinem innovativen Familienbetrieb herzlich willkommen. Ein Rundgang, geführt von Betriebsleiterin Veronica Koellreuter, gab Einblick in die vielseitige Arbeit auf der Klus. «Jede und jeder muss auf dem Hof am selben Strick ziehen, sofern man mit den eigenen Produkten Erfolge haben will. Geregelte Arbeitszeiten gibt es keine – das Heu muss rein, wenn es rein muss, und die Pferde wollen jeden Tag was zu fressen», so Veronica Koellreuter. Bevor man aber ernten kann, muss alles wachsen. Und dies braucht Zeit und Geduld. Ob Weisse Spätlese, Pinot Gris, Blauburgunder Spätlese oder Barrigue-Ausbau – bei der Degustation merkte man, dass die Trauben auf dem sonnigen Weingut hervorragend gedeihen und mit Geduld und Liebe gepflegt werden. Auch gekocht wurde mit Liebe zum Detail. Das Barbecue mit frischen Produkten – nicht nur ein Schmaus für den Gaumen.

www.klus.ch



Alt Regierungsrat Andreas Koellreuter bei der Begrüssung auf «seinem Klushof».



Der Weinberg des Klushofs.



Gemütliches Fachsimpeln bei der Degustation.



Bundesrat Pascal Couchepin im Gespräch mit Sabine Pegoraro, Vorsteherin der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft.



So viel Besuch – das macht einen ganz müde...!



Änsprache von Fraktionspräsident Felix Gutzwiller.

FDP-Frauen in Bewegung

FDP-Frauen am 20. Frauenlauf

Unter dem Motto «FDP-Frauen in Bewegung» haben eine Vielzahl von FDP-Exponentinnen am 20. Frauenlauf aus der ganzen Schweiz teilgenommen. Sie liefen sich symbolisch fit für die Wahlen 07 und nahmen das «Ziel Bundeshaus» in Angriff.

Eine Vielzahl von FDP-Frauen aus der ganzen Schweiz hat Mitte Juni am 20. Frauenlauf in Bern teilgenommen. Als Läuferinnen und Supporterinnen betätigen sich unter anderem die FDP-Frauen-Präsidentin Regierungsrätin Marianne Dürst sowie verschiedene Kantons- und Gemeinderätinnen.

Die FDP-Frauen haben es sich zum Ziel gesetzt, den Frauenanteil bei den Wahlen 2007 massgeblich zu erhöhen. Sie nahmen den Frauenlauf unter dem Motto «FDP-Frauen in Bewegung» zum Anlass, um sich symbolisch fit zu laufen und das «Ziel Bundeshaus» in Angriff zu nehmen.

Durch eine gemeinsame Teilnahme ist es den FDP-Frauen gelungen, Solidarität, Team-Geist und Verbundenheit zu stärken, aber auch Netzwerke zu intensivieren und zu erweitern. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass sich das gemeinsame Erlebnis positiv auf künftige Wahlkämpfe auswir-

ken wird. Die Bilder, aufgenommen von Eliane Gnägi, sprechen für sich.

Da die FDP-Frauen zur Erreichung ihrer Ziele nicht auf Vitamin B, sondern auf Vitamin C setzen, wurden insgesamt 20 kg Traubenzucker unter die rund 15 000 Läuferinnen verteilt.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an die Thurgauer Grossrätin und Frauenfelder Gemeinderätin Regula Brunner. Sie hatte die Idee zur gemeinsamen Partizipation und hat als Projektleiterin hervorragende Arbeit geleistet.

Die funktionalen Laufshirts mit der Aufschrift «FDP-Frauen in Bewegung» können via info@fdp-frauen.ch zum Selbstkostenpreis von 37 Franken (inkl. Porto und Verpackung) bestellt werden. Es hett, solangs hett! Mehr Bilder unter www.fdp-frauen.ch



Schnellen Schrittes unterwegs: Coralie Dumoulin aus Montreux.



Strahlend Thurgauerinnen trotz tropischen Temperaturen und hohem Tempo (von links nach rechts Ursula Ackermann, Nicole Zeitner und Désirée Eugster).



Katrin Zumstein, Grossrätin und Vizepräsidentin FDP-Frauen Bern, in sportlichem Rythmus bei Kilometer 4.



Regula Duetschler aus Bern (Startnummer 4133) lief eine sensationelle Zeit.



Frauen-Präsidentin Marianne Dürst noch vor ihrem Sturz. Ihr wurden die Stöcke einer Walkerin zum Verhängnis.



Die Berner Grossrätin Franziska Fritschy-Gerber (Startnummer 25122) bewältigt auch die letzte Steigung ganz locker.



Der Frauenlauf war für die FDP-Frauen ein voller Erfolg: der Team-Geist wurde gestärkt, und neue Netzwerke wurden geknüpft ... die FDP-Frauen freuen sich auf die Teilnahme noch mehr freisinniger Frauen am 21. Schweizer Frauenlauf am 10. Juni 2007 in Bern.



Frauen-Generalsekretärin Barbara Perriard setzt zum Schlusspurt auf der 10-km-Strecke an.

Fotos: Eliane Gnägi

Neu im Rat – die FDP-Frauen gratulieren!

bp. Die FDP-Frauen Schweiz haben zwei Neueintritte von FDP-Frauen in kantonale Parlamente zu verzeichnen. Barbara Angelsberger, Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Zürich und Mitglied der Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz, trat nach dem Rücktritt von Reto Cavegn am 29. Mai in den Zürcher Kantonsrat ein und verstärkte damit die freisinnige Frauendeputation. Regula Brunner, Projektleiterin Frauenlauf und ehemalige Präsidentin der FDP-Frauen Frauenfeld, trat ihr Amt als Grossrätin des Kantons Thurgau nach dem Rücktritt von Walter Vogel am 10. Mai an. Die Thurgauer FDP-Fraktion besteht damit neu aus 5 Frauen und 15 Männern.

Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich mit den neuen Mandatsträgerinnen und gratulieren ganz herzlich.



Die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gut vernetzte Präsidentin der FDP-Frauen Zürich sowie dreifache Mutter Barbara Angelsberger politisiert seit Ende Mai im Kantonsrat Zürich.



Regula Brunner-Keller, die 46-jährige in Politik, Gesellschaft und Sport engagierte Familienfrau und Mutter zweier Töchter, sitzt seit Mitte Mai im Thurgauer Grossen Rat und ist weiterhin im Gemeinderat der Stadt Frauenfeld.

Weg von Stipendien, hin zu Darlehen!

Die jungfreisinnigen Forderungen zur Harmonisierung der Studienfinanzierung

Von Juliette Hotz, Vorstandsmitglied jfs, Leiterin Arbeitsgruppe Arbeit und Bildung

Das klare Votum der Schweizer Bevölkerung vom letzten Mai bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass der Schlüssel zu einer aufgeklärten, liberalen und modernen Gesellschaft in einem erstklassigen Bildungssystem liegt. Das entscheidende Fazit – die Eckwerte des schweizerischen Bildungssystems müssen harmonisiert werden – ist auch auf die Hochschulen und die Studienfinanzierung zu beziehen.

Im Rahmen der laufenden NFA-Debatte werden unter anderem die Bundesbeiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen neu geregelt. Neben Grundsätzen zur Subventionsausschüttung (Bemessung der Beiträge / Verteilschlüssel) definiert das entsprechende neue Gesetz Mindeststandards, die bei der Ausrichtung von Stipendien und Studiendarlehen zu beachten sind. Seinem Gegenstand nach soll das Gesetz denn auch die interkantonale Harmonisierung der Studienfinanzierung fördern.

Während der ständerätlichen Debatte gestellte Anträge zur Harmonisierung der Studienfinanzierung wurden durchwegs mit der Begründung abgelehnt, eine weitergehende Harmonisierung sei zwar zweifellos notwendig, die Ausführungsgesetzgebung der NFA sei allerdings nicht der richtige Ort, um diese Diskussion zu führen. Die jungfreisinnigen unterstützen klar eine Harmonisierung der wesentlichen Grundlagen im Bildungssystem und damit auch die Festlegung von allgemeingültigen Prinzipien bezüglich der Studienfinanzierung.

Jedem, der die notwendigen Fähigkeiten aufweist, soll es möglich



Juliette Hotz

sein, ein Studium zu absolvieren. Wer aber studieren möchte, muss auch die Motivation mitbringen, dies primär selber zu finanzieren. Unterstützung soll daher nicht mittels Stipendien, sondern durch die Ermöglichung der Aufnahme von Studiendarlehen erfolgen. Die Zugänglichkeit soll dabei nicht vom elterlichen Vermögen abhängig gemacht werden. Auch wer bisher nicht berechtigt gewesen wäre, ein Stipendium zu erhalten, soll ein Studiendarlehen aufnehmen und damit bezüglich der Finanzierung seines Studiums Eigenverantwortung wahrnehmen können. Unterschiedliche Ausgangslagen sollen die Kantone mittels Festlegung eines angebrachten Zinssatzes berücksichtigen. Darüber hinaus ist auch die Kompetenz zur Regelung weiterer materieller Details bei den Kantonen zu belassen.

Damit Studiendarlehen nicht dazu führen, dass nur noch vermeintlich lukrative Studiengänge absolviert werden, fordern die jungfreisinnigen ein abgestuftes Rückzahlungssystem. Als Grenzwerte sollen dabei ein Jahreseinkommen von 60 000 Fr. oder fünf Jahre seit Studienabschluss gelten. Sollte nach diesen fünf Jahren ein entsprechendes Jahreseinkommen

noch nicht erreicht werden, ist mit einer Rückzahlung in kleineren Raten zu beginnen. In besonders schwierigen Fällen, beispielsweise von andauernd tiefstem Einkommen nach Studienabschluss, kann von einer Rückzahlung (teilweise) abgesehen werden. Ziel ist jedoch die möglichst vollständige Rückzahlung der ausgestellten Darlehen. Das Knüpfen der Rückzahlungsmodalitäten an die soziale Lage nach dem Studium und nicht vor dem Studium führt zu einer angemesseneren Lösung. Ein anfänglich «armer» Student kann nach dem Studium genauso erfolgreich sein wie eine ursprünglich «reiche» Studentin oder umgekehrt.

Zurzeit werden jährlich 280 Mio. Fr. für Stipendien ausgegeben. Durch die Anwendung des jungfreisinnigen Modells zur Studienfinanzierung können diese Mittel mit der Zeit erhöht werden, und die bisherige Benachteiligung der Mittelschicht bei der Verteilung von Studienbeihilfen würde aufgehoben.

Denn als Darlehen ausgegeben, können gesprochene Mittel – mindestens teilweise – reinvestiert werden.

Bezüglich der Studienfinanzierung nicht zu vergessen bleibt auch das Engagement von Privaten. Die Wirtschaft ist es, die letztlich von Exzellenz in der Bildung profitiert. Es ist damit auch an ihr, ihren Teil an die Investitionen beizutragen. Die jungfreisinnigen fordern die Bildung eines Fonds, der, durch Investoren aus der Privatwirtschaft gespeisen, zur Finanzierung von Darlehen für (Weiter-)Bildungsprojekte verwendet werden kann.

Jeglichem Erfolg liegen Leistungsbereitschaft und die Wahrnehmung von Eigenverantwortung zugrunde, wobei Bildung zum Schlüssel wird. Aus diesem Grund soll Bildung jedem gemäss seinen Fähigkeiten zugänglich sein. Die liberalen Grundsätze versprechen auch hierbei den grössten Erfolg.

Weg von Stipendien, hin zu Darlehen!



Bild: Keystone

Gründung JFDP Fricktal

Jungfreisinnige nun auch im Fricktal vertreten

Am 17. Juni 2006 wurde im Park-Hotel Rheinfelden die Junge FDP Fricktal gegründet.

Von Manuel Mauch, Vorstandsmitglied JFDP Aargau, Vizepräsident JFDP Fricktal

Junge Menschen aus dem Fricktal, welche die liberalen Forderungen nach Offenheit, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Fortschritt, Wachstum und Besonnenheit unterstützen, erhalten so eine attraktive Möglichkeit, an politischen Diskussionen, Veranstaltungen und weiteren (auch gesellschaftlichen) Aktivitäten teilzunehmen.

Zu Beginn der Gründungsversammlung referierte Ständerat Thomas Pfisterer über die neue Strategie der FDP Schweiz. Unter dem Kürzel «WIGO» werden Forderungen nach einer wachsenden, intelligenten, gerechten und offenen Schweiz erfasst. Der Aargauer Ständerat demonstrierte die Anwendung dieser Leitplanken am konkreten politischen Tagesgeschäft und unterstrich die Bedeutung des politischen Engagements von jungen Leuten, welche die Zukunft verantwortungsvoll mitgestalten wollen.

Die Grossräte Bernhard Scholl und Adrian Ackermann überbrachten als Vertreter der FDP-Bezirksparteien von Rheinfelden und Laufenburg Glückwünsche und boten der Jungen FDP ihre Zusammenarbeit an. Weitere Gruss- und Anerkennungsbotschaften wurden ebenfalls dankend entgegengenommen.

Nach der Genehmigung der Statuten wurden die Parteiorgane bestellt. Gideon Aschwanden, Stefan Benz und Kathrina Erdin wurden in den Vorstand gewählt, welchem ausserdem Manuel Mauch und Reto Müller als Vizepräsident beziehungsweise Präsident angehören. Reto Imesch bekleidet das Amt des Revisors.

Der frisch gewählte Präsident bedauerte das bisherige Fehlen einer liberalen Jungpartei im Fricktal. Dabei passe eine Junge FDP doch gut in die Zukunfts-, Wachstums- und Energieregion. Die Jungfreisinnigen wollten mithelfen, die Herausforderungen dieser Region anzupacken.



Fünf der sechs Vorstandsmitglieder der JFDP Fricktal: Reto Müller, Manuel Mauch, Reto Imesch, Kathrina Erdin und Stefan Benz (v. l. n. r.).

Auch das staatsbürgerliche Interesse der jungen Generation soll gefördert werden, sei das Desinteresse doch der grösste Feind der Demokratie. Wichtigstes Anliegen sei jedoch, dass die jungen Menschen ernst genommen würden, ihre Eigenverantwortung gestärkt

würde und genügend Entfaltungsmöglichkeiten bestünden.

Nach dem offiziellen Teil im Park-Hotel am Rhein in Rheinfelden wurde das Programm durch einen lehrreichen Besuch in der Saline Riburg in Möhlin abgerundet.

Interview

Reto Müller, Präsident der JFDP Fricktal

Am 17. Juni 2006 wurde Reto Müller aus Münchwilen zum Präsidenten der neu gegründeten JFDP Fricktal gewählt. Der 28-jährige Jurist ist kein Polit-Debütant, er präsidiert bereits seit 2004 die JFDP Aargau.

Reto, du bist seit einigen Jahren politisch aktiv; woraus schöpfst du die Motivation für dein Engagement?

Einerseits halte ich eine Auseinandersetzung mit dem politischen Geschehen für eine staatsbürgerliche Pflicht. Auf der anderen Seite ist es sehr erfreulich, gemeinsam mit Gleichge-

sinten etwas zu erreichen. Wichtigste Motivation ist aber meine Überzeugung, dass liberale Ideen und Werte gerade bei jungen Menschen aktiv vertreten werden müssen.

Was gab den Anstoss für die Gründung einer Sektion im Fricktal?

Ehrlich gesagt, es war ein glücklicher Zufall: Innert kurzer Zeit sind vier junge Leute aus dem Fricktal den Jungfreisinnigen beigetreten. Gemeinsam haben wir den Entschluss gefasst, selber eine Sektion zu gründen und noch weitere junge Liberale in unserer Umgebung zum Mitmachen zu mo-

tivieren. Erfolgreiche Sektionsgründungen in Bremgarten, Baden und Zofingen haben uns zusätzlich ermutigt. Wir haben gesehen: Klare liberale Positionen finden Gehör.

Worin unterscheidet sich die JFDP Fricktal von der kantonalen JFDP?

Vor allem im geografischen Wirkungsbereich; wir sind eine von sechs Sektionen der JFDP Aargau. Wir nehmen an den Aktivitäten unserer Kantonalpartei teil und vertreten die jungfreisinnigen Positionen in unserer Umgebung. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit

regionalen Themen der Wachstums-, Forschungs- und Energieregion Fricktal.

Welche Herausforderungen stellen sich der JFDP Fricktal?

Das Desinteresse eines Teils der jungen Generation allem Politischen gegenüber ist eine grosse Herausforderung. Wir möchten zeigen, dass Politik uns alle täglich betrifft. Und wir wollen belegen, dass liberale Ansätze die richtigen Lösungen darstellen. Populismus oder Wischiwaschi haben die Menschheit noch nie vorwärts gebracht; sozialistische Experimente erst recht nicht.

Wichtiger Bestandteil Migrationspolitik in der Schweiz

Am 24. September stimmen wir über das neue Ausländergesetz und das revidierte Asylgesetz ab. Wie in der Schweiz üblich, wird auch diese ausländerpolitische Diskussion sehr emotional geführt. Der «Freisinn» bringt im Interview mit NR Philipp Müller die Fakten.

«Freisinn»: In Bern haben Mitte Juni 10 000 Menschen gegen das neue Asylgesetz demonstriert. Können Sie diese Reaktion auf die Vorlage verstehen?

Philipp Müller: Für die Demonstration habe ich dann Verständnis, wenn sie aus grundsätzlichen Überlegungen, man könnte auch sagen «ideologischen Gründen» stattfindet. Mühe habe ich aber mit den lautstark verkündeten Behauptungen, die teilweise völlig falsch sind. Dies betrifft beispielsweise die Aussage, wonach die Asylvorlage menschenrechts- oder völkerrechtswidrig sei.

Bereits in den Beratungen wurden aber immer wieder Bedenken laut, dass diese Revision nicht menschenrechtskonform sei.

Alle Bestimmungen, die auch nur annähernd etwas mit einer völkerrechtlichen Problematik zu tun haben, sind detailliert – sowohl vom Bundesamt für Justiz als auch von der Direktion für Völkerrecht im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten – überprüft worden.

In der ursprünglichen Vorlage war eine «humanitäre Aufnahme» enthalten. Personen aus akuten Krisengebieten sollten einfacher Asyl erhalten. Zeigt die Tatsache, dass man diesen Artikel gestrichen hat, nicht, dass die humanitäre Tradition der Schweiz in diesem Gesetz auf der Strecke blieb?

Wir haben eine wesentlich verbesserte vorläufige Aufnahme beschlossen, die in ihrer Ausgestaltung der ursprünglich vorgeschlagenen humanitären Aufnahme sehr nahe kommt.

Umstritten ist insbesondere die Frage, wie Papierlose behandelt

werden. Erhält in Zukunft kein Asyl mehr, wer ohne Papiere an die Schweizer Grenze kommt?

Der Nichteintretenstatbestand wegen der Nichtabgabe von Reisepapieren besteht bereits im geltenden Recht. Lediglich die Anforderungen für die Qualität der Papiere wird neu formuliert: Anstatt wie bisher «Reisepapiere oder andere Dokumente» heisst es neu «Reise- oder Identitätspapiere». Aufgrund der bisherigen negativen Erfahrungen bedeutet dies, dass in Zukunft z. B. Fahr- ausweise und Schulzeugnisse nicht mehr ausreichen. Die Bestimmung sieht jedoch drei wichtige Ausnahmen vor, die den völkerrechtlichen Anforderungen Rechnung trägt.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Einführung der neuen Durchsetzungshaft.

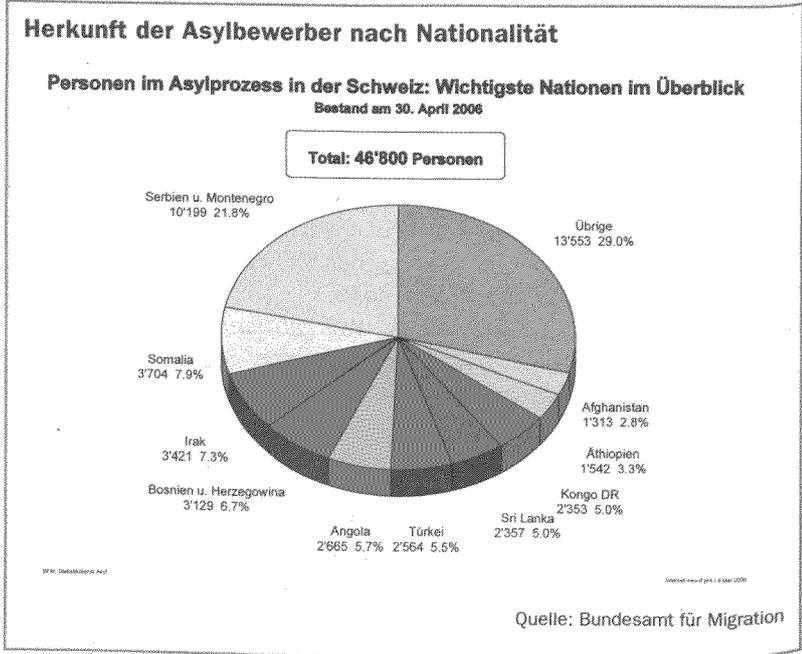
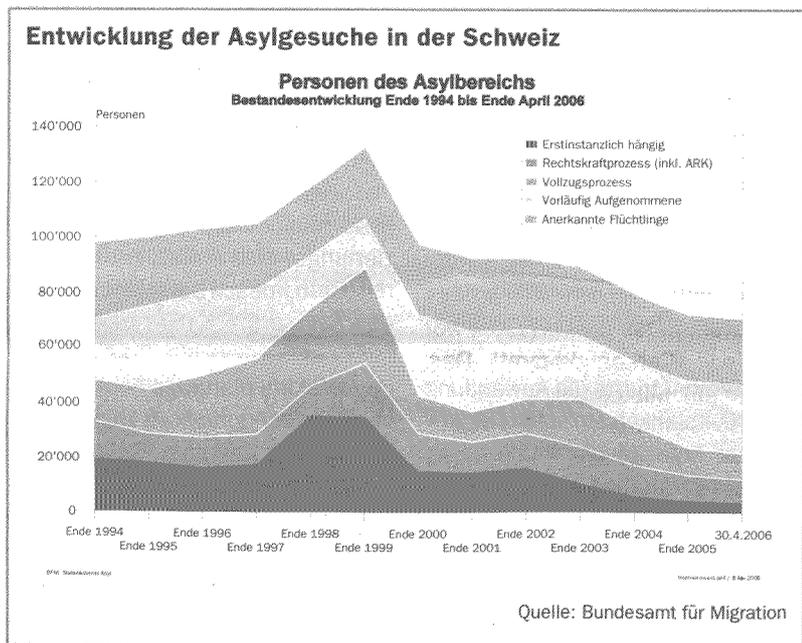
Heute ist eine Ausschaffungshaft schon nicht mehr zulässig, wenn eine Person sich zweimal weigert, in ein Flugzeug zu steigen, um auszureisen und auch mit polizeilichen Mitteln nicht dazu gebracht werden kann. Daher hat das Bundesgericht festgehalten, dass es Sache des Gesetzgebers sei, die bestehenden Zwangsmassnahmen zu ergänzen, und eine Haft einzuführen, die der Erzwingung einer Verhaltensänderung dient. Diese Haft stützt sich auf Artikel 5 Ziffer 1 Buchstabe b der Europäischen Menschenrechtskonvention und ist damit völkerrechtskonform.

Noch etwas zum neuen Ausländergesetz. Was sind hier die Grundzüge?

Kerngehalt des neuen Ausländergesetzes ist die Steuerung der Einwanderung aus Drittstaaten über die persönlichen Voraussetzungen,

die ein Einwanderer erfüllen muss. Konsequenterweise können denn auch aus Drittstaaten zum Zwecke der Erwerbstätigkeit nur noch Führungskräfte, Spezialisten und andere qualifizierte Arbeitskräfte einwandern. Weitere Kriterien sind aber

auch die berufliche und soziale Anpassungsfähigkeit, die Sprachkenntnisse und das Alter, welche eine nachhaltige Integration in den schweizerischen Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Umfeld erwarten lassen müssen.



Parolen

Parole der FDP Schweiz zum neuen Ausländergesetz: JA
 Parole der FDP Schweiz zur Revision des Asylgesetzes: JA

Gefasst anlässlich der Delegiertenversammlung vom 14. Januar in Burgdorf

Eine gerechte und sinnvolle Massnahme

Von **Léonard Bender**,
 Vizepräsident FDP

Die mit dem Asylgesetz vom 1. Oktober 1999 gemachten Erfahrungen zeigen unzulängliche Resultate. Dies vor allem deshalb, weil es so schwierig ist, die wahre Identität gewisser abgewiesener Asylbewerber in Erfahrung zu bringen. Um aber jemanden zurückschaffen zu können, muss man wissen, woher diese Person kommt! Das leuchtet ein. Mit dem neuen Gesetz soll unter anderem genau diese Frage geregelt werden. Wenn es ein konkretes Problem gibt, so kann man sich damit begnügen, einen «moralischen» Standpunkt einzunehmen und die Lösung des Problems vernachlässigen. Ungefähr in diese Richtung weisen die Diskussionen rund um die Abstimmung vom 24. September zum neuen Asylgesetz. Gewisse Persönlichkeiten – sehr ehrenwerte im Übrigen – haben beschlossen, während der Referendumskampagne Argumente ins Feld zu führen, die sich ausschliesslich auf der Ebene der Ethik und der moralischen Prinzipien bewegen. Man könnte meinen, das zur Diskussion stehende Asylgesetz sei unmenschlich und würde gegen internationales Recht verstossen. Schlimmer noch: Es sei im Ansatz fremdenfeindlich. In einem Graffiti in Bern war im Zusammenhang mit dem Gesetz sogar von «Hass» die Rede!

Diese Ansichten sind extrem. Das Asylgesetz ist eine gerechte und durchgreifende Massnahme.



Léonard Bender

Eine gerechte Massnahme, weil sie Verfolgten den nötigen Schutz garantiert. Eine durchgreifende Massnahme, weil sie Missbräuche bekämpft. Im Zusammenhang mit den Antragstellern ohne Papiere etwa gibt das revidierte Gesetz eine differenzierte Antwort: Die Behörden treten auf das Gesuch nicht ein, wenn der über Reisepapiere oder Identitätsausweise verfügende Asylbewerber die geforderten Dokumente nicht innert 48 Stunden vorlegt. Besitzt der Antragsteller ohne sein Verschulden und aus gerechtfertigten Gründen nicht mehr die geforderten Dokumente – kann er also glaubhaft machen, dass es ihm aus «entschuldaren Gründen» (so der Wortlaut des Gesetzes) nicht möglich ist, die Dokumente vorzulegen –, so wird sein Gesuch zumindest geprüft. Dies ist noch nicht alles: Zeigt die Befragung klar, dass der Antragsteller ein Flücht-

Verbesserungen im Asyl- und Ausländergesetz

1. Kantone können neu unabhängig des Verfahrensstandes einer lang anwesenden und gut integrierten Person eine Aufenthaltsbewilligung erteilen.
2. Neu haben ALLE Beschwerden aufschiebende Wirkung.
3. Auch nichtstaatliche Verfolgung wird künftig als Asylgrund anerkannt.
4. Das Gesetz sieht neu vor, dass nach einer ehelichen Gemeinschaft von drei Jahren und bei einer guten Integration auch nach einer Trennung ein unabhängiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten besteht.
5. Die Rechtsstellung und die Mobilität für Aufenthalter in der Schweiz werden verbessert. Neu gibt es einen Anspruch auf Berufs- und Stellenwechsel der Aufenthalter sowie einen Anspruch auf Kantonswechsel.
6. Die Bewilligungserteilung kann neu mit der Bedingung verbunden werden, dass Sprach- und Integrationskurse besucht werden. Integration hat auf der Basis der Werte der Bundesverfassung zu erfolgen.
7. Nach einer höheren Ausbildung in der Schweiz sind Abweichungen von den Zulassungsvoraussetzungen möglich, wenn die Tätigkeit von hohem wissenschaftlichem Interesse ist.

ling ist oder dass der Antrag geprüft werden muss, dann treten die Behörden selbstverständlich auf das Gesuch ein. Diese Vorsichtsmassnahmen scheinen mir ausreichend, und als Jurist wage ich auch zu behaupten, dass diese Massnahmen in Übereinstimmung sind mit internationalem Recht. Diese Meinung teilt übrigens Herr Professor Kay Hailbronner, ein «anerkannter Fachmann für Asylrechtsfragen», über den am 19. Mai dieses Jahres der hervorragende Journalist Denis Masméjan in der Zeitung «Le Temps» berichtete.

Das Recht auf Asyl ist ein wichtiger Pfeiler unserer humanitären Tradition. Wir müssen dafür sorgen, dass alle verfolgten Menschen in unserem Land aufgenommen werden können. Es ist eine Ehrensache für uns, und wir nehmen unsere Verantwortung ernst, diesen Schutz,

diesen Ort der Zuflucht zu garantieren. Wir kommen aber auch nicht umhin festzustellen, dass eine grosse Zahl von Antragstellern die Bedingungen für die Gewährung von Asyl nicht erfüllt. Noch ein Satz vor dem Schluss: Wir dürfen nicht das Asylgesetz mit dem Ausländergesetz verwechseln; jedes Gesetz hat seine eigene Problematik; die Ziele beider Gesetze sind verschieden. Auch dürfen wir nicht – und dies auch nicht in einem Anflug von Altruismus – den Flüchtling, der vor politischer oder religiöser Verfolgung flieht, mit dem Migrant verwechseln, der wirtschaftliche oder soziale Beweggründe hat. Die humanitäre Tradition gebietet, dass man den Flüchtling aufnimmt. Die Souveränität des Staates legitimiert das Recht desselben, seine Immigrationspolitik zu regulieren.

Vier Säulen freisinniger Migrationspolitik

- Freier Personenverkehr mit der EU
- Neues Ausländergesetz
- Revidiertes Asylgesetz
- Engagement für die Friedenssicherung an Krisenorten

Swisscom

FDP bringt Bewegung in die Debatte

Trotz engagiertem Einsatz ist es der FDP-Delegation im Ständerat nicht gelungen zu verhindern, dass das Parlament der Swisscom den Weg in die Zukunft verbaut. Mit dem Entschluss, nicht auf die Vorlage einzutreten, verweigert auch der Zweitrat eine sachliche und politische Diskussion des Geschäftes. Die CVP-Ständeräte haben sich dazu in einem «Negativbündnis» mit den SP-Mitgliedern verbunden! Damit hat sich das Parlament selber in die Zuschauerrolle abgemeldet und die «Schwarz-Peter-Rolle» übernommen. Immerhin haben die FDP-Ständeräte sofort mit einer Motion ihren Einfluss für die Zukunft gewahrt.

Von Ständerat Thomas Pfisterer

Am 7. Juni 2006 lehnte der Ständerat mit 23 zu 21 Stimmen (SP und CVP gegen FDP und SVP) den Mehrheitsantrag der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) auf Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat ab. Der Nationalrat hat sich bereits in der Sondersession im Mai für einen Nicht-eintretensantrag ausgesprochen. Die Vorlage des Bundesrats zur Swisscom-Privatisierung ist mit dem Entscheid des Ständerates nun vom Tisch.

Mit der Weigerung, die Vorlage überhaupt zu diskutieren, verhindert das Parlament eine dringend notwendige sachliche und politische Auseinandersetzung mit dem Geschäft. Es zieht sich in die Zuschauerrolle zurück. Gleichzeitig übernimmt es den «Schwarzen Peter»; wenn die Swisscom an Wert verlieren sollte, kann der Bundesrat sich mit Hinweis auf die Untätigkeit des Parlaments entschuldigen. Dass eine totale Privatisierung der Swisscom nicht im ungestümen Torlauf des Bundesrats erreicht werden kann, hat sich bereits in der Debatte und dem Entscheid des Nationalrates gezeigt. Der Ständerat war sich über alle Lager einig, dass eine «blanke» Privatisierung weder sachlich vertretbar noch mehrheitsfähig sei.

Die Privatisierung ist nur mit klaren Rahmenbedingungen sinnvoll. Die FDP-Vertreter im Ständerat haben sich mit viel Engagement für eine parlamentarische Aufarbeitung dieser Randbedingungen ein-



Thomas Pfisterer

gesetzt. In einem Rückweisungsauftrag sollte das Parlament seine Diskussion zusammenfassen und dem Bundesrat Aufträge erteilen. Anstelle eines direkten Torschusses sollte das Ziel mit verschiedenen Zwischenpässen schrittweise erreicht werden. Der Ständerat hat diese Chance verpasst, nur geredet, statt zu handeln.

Immerhin, die FDP-Ständeräte bleiben am Ball. Sie haben am gleich Tag der Swisscom-Debatte eine Motion zur «Weiterentwicklung des Swisscom-Dossiers (Motion 06.3246 Pfisterer Thomas)» eingereicht mit Unterstützung der SVP-Ständeräte. Das Thema kommt damit im September im Ständerat und bald auch im Nationalrat wieder auf die Traktandenliste.

Vorstoss

Wettbewerbsvorteile dank Bildung und Forschung

FDP will mehr investieren und anders finanzieren

Investitionen in den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) sind eine Investition in die Zukunft der Schweiz. Nur eine intelligente Schweiz hat eine echte Perspektive. Aus diesem Grund fordert die FDP-Fraktion, dass der BFI-Kredit für die Jahre 2008–2011 um 8% aufgestockt wird. Für die Finanzierung schlägt die FDP-Fraktion die Schaffung eines Fonds vor, der durch den Verkauf von Swisscom-Aktien gespiesen wird.

Die Schweiz ist in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation weltweit führend. Ohne entsprechende Investitionen geht diese Spitzenposition aber unweigerlich verloren. Dies wäre verheerend, denn in diesen Bereichen liegt das grösste Kapital der Schweiz. Forschung baut Zukunft. Aus diesem Grund müssen die öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation in den kommenden Jahren überdurchschnittlich steigen. Diese Investitionen werden sich auszahlen, denn Bildung und Forschung bringen Wettbewerbsvorteile. Die FDP-Fraktion fordert mittels Vorstoss im Parlament, dass der der BFI-Kredit für die Jahre 2008–2011 um 8% erhöht wird. Diese Mittel sind gezielt und koordiniert einzusetzen. Deshalb for-

dert die FDP-Fraktion vom Bundesrat eine konsolidierte Zusammenstellung der Mittel, welche Bund und Kantone in den nächsten Jahren für Bildung, Forschung und Innovation ausgeben.

Die sinnvollen Mehrkosten für Bildung, Forschung und Innovation dürfen allerdings nicht zu einem Anstieg der Staatsquote führen. Im aktuellen Finanzplan ist ein Wachstum von 4% für den BFI-Bereich vorgesehen. Es fehlen also jährlich 100 bis 150 Millionen Franken. Zur Deckung dieser Mehrkosten schlägt die FDP die Schaffung eines BFI-Fonds vor. Gespiesen würde dieser Fonds aus dem Verkauf eines Teils der Swisscom-Aktien. Um die notwendigen Mittel erwirtschaften zu können, wäre etwa ein Sechstel der Swisscom-Aktien zu verkaufen, welche sich in Bundesbesitz befinden. Der Bund würde somit weiterhin die gesetzlich festgeschriebenen 50 Prozent Aktien an Swisscom halten; eine Gesetzesänderung wäre nicht notwendig.

Speranza

FDP und Unternehmer gegen Jugendarbeitslosigkeit

Unter dem Label «Speranza» startete die FDP des Kantons Baselland eine Aktion, in deren Rahmen FDP-Exponenten/-innen Jugendlichen, die nach Ende der obligatorischen Schulzeit keine Lehrstelle finden, bei der Suche in beratender und vermittelnder Funktion behilflich sind. Das Projekt wurde im Baselbiet bereits mehrere Male erfolgreich durchgeführt. Die Kantonalsektionen GR und LU zogen nach und riefen in ihren Kantonen ebenfalls Projekte in Anlehnung an Speranza ins Leben. Nun folgt Speranza 2000.

Seit kurzem setzt sich eine Gruppe von Unternehmerinnen und Unternehmern um Nationalrat Otto Ineichen (FDP) für die Lehrstellenvermittlung und -beschaffung ein. Mit dem Projekt «Speranza 2000», sollen Jugendliche mit schulischen Lerndefiziten oder sozialen Schwierigkeiten eine neue Berufsperspektive erhalten.

Ausgangslage

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt ist angespannt. Dies, obwohl die Zahl der angebotenen Lehrstellen in den letzten drei Jahren um 3500 angehoben wurde. Besonders schwierig ist die Ausgangslage in Abschlussklassen mit hohem Ausländeranteil.

Lösungsansatz + Ziel

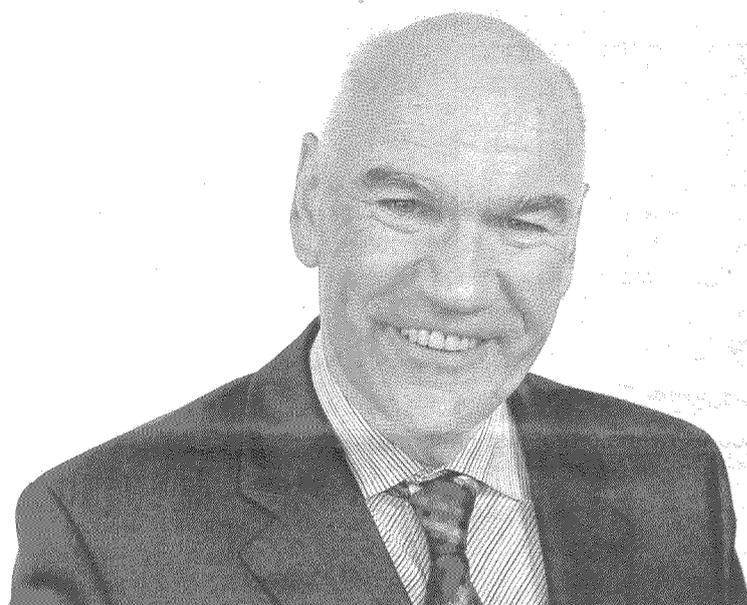
Mit Speranza 2000 sollen Jugendliche mit schulischen Lerndefiziten oder sozialen Schwierigkeiten eine Berufsperspektive erhalten: kurzfristig mit der Zuweisung in ein einjähriges Praktikum, mittelfristig mit der Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen bei der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest. Speranza-Unternehmer motivieren andere Unternehmer innerhalb ihres Netzwerkes, soziale Verantwortung für die Jugend zu übernehmen und neue Ausbildungsplätze zu schaffen. In einer ersten Phase konzentrieren sie sich vor allem auf Betriebe, die bereits eine Ausbildungsbewilligung besitzen, heute aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr ausbilden. Aufgabe der Kantone ist es, die betroffenen Jugendlichen in

die vom Speranza-Netzwerk bereitgestellten zusätzlichen Ausbildungsplätze zu vermitteln. Durch den Einbezug der Ämter für Berufsbildung in das Speranza-Konzept wird sichergestellt, dass Unternehmen, die ausbilden wollen, effizient zu ihrer Bewilligung und die Lernenden zu einer qualitativ hochstehenden Ausbildung kommen. Speranza 2000 ist somit Ausdruck des gemeinsamen Engagements von Unternehmen und der öffentlichen Hand.

Erstes Etappenziel von Speranza 2000 ist die Vermittlung von 2000 Jugendlichen bis Ende Oktober 2006. Zur Trägerorganisation gehören die Verbundpartner der Schweizerischen Berufsbildung, der Verein Speranza FDP Baselland sowie der Unternehmer und FDP-Nationalrat Otto Ineichen, Initiator von Speranza 2000. Zudem unterstützt das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT die Initiative des Vereins Speranza 2000.

Engagement der FDP zahlt sich aus

Die Lancierung der Aktion Speranza 2000 zeigt, dass erfolgreiche kantonale FDP-Projekte Grundstein sein können für weiterführende Initiativen mit schweizerweiter Ausstrahlung. Das Engagement der FDP-Kantonalparteien im Rahmen von Speranza 2000 wird den nun in Bewegung gebrachten Stein noch mehr ins Rollen bringen – nicht nur im Interesse der Jugendlichen auf Lehrstellensuche, sondern auch im Interesse einer intelligenten, wachsenden und gerechten Schweiz.



Otto Ineichen – Initiator Speranza 2000.

Agenda

August

- 18. Sekretärenkonferenz, Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung (Murten FR)
- 18. a. o. Delegiertenversammlung 1. Teil (Murten FR)
- 19. a. o. Delegiertenversammlung 2. Teil (Murten FR)
- 31. Bundesratsparteien-Gespräche

September

- 1. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 8. Wirtschaftsmeeting
- 8. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 15. Delegiertenversammlung UFL (Lausanne)
- 18. 9.–6. 10. Herbstsession in Flims Laax (GR)
- 18. Groupe Latin
- 21. Geschäftsleitung
- 24. Eidgenössische Volksabstimmungen (Asylgesetz/Ausländergesetz/KOSA-Initiative)
- 28. Sessions-Treffen der ehemaligen FDP-Parlamentarier(innen) in Flims

Politik und Fussball vereint

Politiker, populär wie das Volk es will	Berner Sitzungen vom 6.-23. Juni	Pokalmetall und Initiativgelüste für die AHV	Bleicheimer	Meisterschaft von 2008 in AT und CH	hier feiern Zehntausende ihre Helden	ist vom Ministeramt zurückgetreten	7	kurze Leinwand	BR Merz will sie stark vereinfachen	wird auf dem Platz mit Füssen getreten
		da fehlt weisses Gold zum Terror							kurzes Mittelalter antik-arab. Königreich	5
auf und ab, Abmagerungseffekt Bürotsch			englischer Schopf als Lädeli			Berner Spital volkstümlicher Anton				
	6									
Hauptgeschäft im Parlament am 14. Juni		Weltwunderinsel der Teil ohne Ei		9				jeder Bundesrat Artikel aus Paris		steckt im Zeugnis oder Portemonnaie
					besser als out Fürstennachbar		englischer Rasen Fussballgengenährung			
kleine Weinbeiz an der Ecke			was man sich so anzieht						der blaue enthält eine Kündigung	
Pascals Salz Storms Monogramm		Astronautentummelplatz	4	der Schiri macht damit Musik		ein guter Engel aus Genf		Bruttoregisterdorf im Waadtland		
Werkzeug für den Knastbruder	würzt die Suppe Göttin des Morgenrots			dort wo Blüemil und Rüeblil wachsen	der Feind in der Romandie		Kunst der Italiener sie stecken im Heer			
				erstes Buch des AT Landsleute von Asterix				11		sein FC wurde Schweizermeister
1										12
nötiger Erlass gegen Fussball-Rowdies		Hans Chr. Andersen war auch einer		2			klettert an Bäumen Spiel um den Pokal			
etwa oder ungefähr	erfolgreiche Musikband aus Schweden	Weindorf am Bielersee		Fürwort für Sachen und Kinder		guter Einfall im Kopfstand			unseres Erachtens Pausengetränk	
3		erdbeste Kicker ist länger als d. Wahn		14						
möchte wieder Weltmeister werden								15	Insel im Roten Meer einfache Mehrzahl	
hebräischer Sohn grosser Schwawiner			Zelle zum neuen Leben			auch sie sucht Politik und Fussball				8
	10				Faserstoff auch in Politik und Fussball				13	die Kontöderation mit dem Kreuz

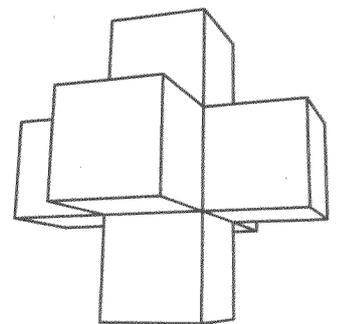
Preise:

1.-3. Preis:
Set mit neuen FDP-Gadgets

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 21. August 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Adresse an:
Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
z. Hd. Eliane Gnägi
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



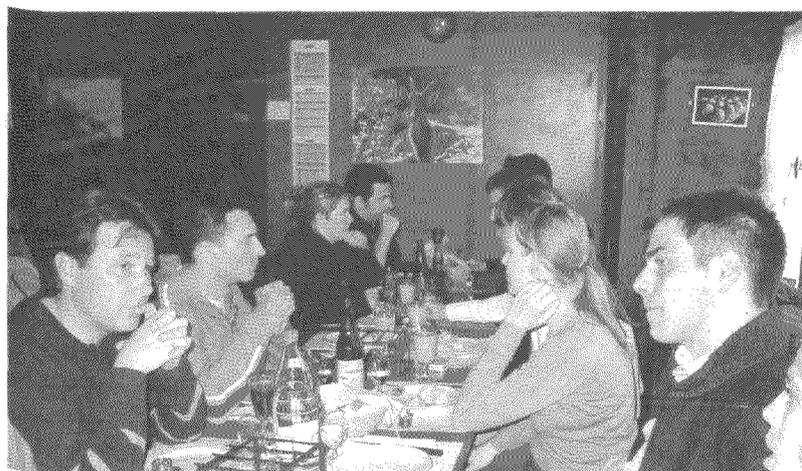
Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----

FDP intern

Büro-Ausflug

Am 30. Mai fand der Büro-Ausflug des Generalsekretariates statt. Anstelle von grünen Jura-Tannen präsentierte sich der Creux-du-Vent in seiner weissen Pracht. Das Fondue in der urchigen Hütte passte bestens zum Wetter.

**Neue Wege**

Zwei Mitarbeitende werden zukünftig nicht mehr für das Generalsekretariat tätig sein. Christina Haas, Assistentin des Generalsekretärs und Verantwortliche der FDP International, hat das Generalsekretariat bereits Ende Juni verlassen. Michel Fischer, Kampagnenleiter, verlässt uns per Ende August. Wir wünschen beiden Mitarbeitenden für ihre neuen Herausforderungen viel Erfolg, beste Gesundheit und alles Gute.

Kreuzworträtsel aus Nr. 5/06

Bundesstaat

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 5/06 lautete: **BUNDESSTAAT**. Bis zum Redaktionsschluss sind 185 richtige Antworten bei uns eingegangen.

	Z	SF	V	
T	A	B	A	S
C	O	U	C	H
L	I	F	E	F
T	O	U	R	N
P	R	O	P	O
Z	U	E	R	I
B	R	M	H	U
L	E	I	S	M
Z	I	E	L	N
S	K	I	A	N
A	M	T	D	E
R	I	U	A	S
V	E	R	A	N

1. Preis

Bücher-Gutschein
im Wert von Fr. 50.-
Herr Ernst Gurtner, 3084 Wabern

2. Preis

Bücher-Gutschein
im Wert von Fr. 30.-
Frau Hanna Forrer, 9658 Wildhaus

3. Preis

Bücher-Gutschein
im Wert von Fr. 20.-
Herr Jakob Gut, 8304 Wallisellen

Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis – viel Spass beim Lesen.

Erfolge belohnen

**Wettbewerb:
Erfolgreiche liberale Politik****Umsetzung der FDP-Strategie**

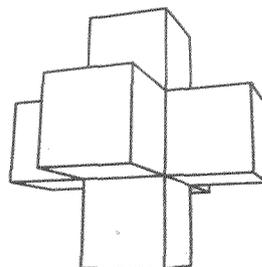
Die FDP Schweiz prämiert anlässlich der Ortsparteipräsidentenkonferenz vom 16. September diejenigen Ortsparteien, welche die Werte der offenen, intelligenten, wachsenden und gerechten Schweiz gezielt umsetzen.

Hat Ihre Ortspartei Vorstösse, Initiativen, Projekte oder ähnliches eingereicht oder angepackt, mit welchen Sie sich für eine gerechte, intelligente, wachsende oder offene Schweiz eingesetzt haben?

Dann erwarten wir Ihre Eingabe. Die besten Umsetzungen werden prämiert.

Anmeldung:

Die Ortsparteien können sich bis zum 1. September über wettbewerb@fdp.ch oder per Post melden an: FDP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 6136, Neuengasse 20, 3001 Bern. Verwenden Sie dazu das Formular auf www.fdp.ch/wettbewerb. Dort finden Sie auch zusätzliche Informationen. Teilnahmeberechtigt sind alle Ortsparteien.

**FDP-Parteitag**

«Lust auf Zukunft»
vom 16. September 2006

Am 16. September führt die FDP Schweiz in der Giessereihalle Zürich eine Ortsparteipräsidentenkonferenz als Parteitag unter dem Motto «Lust auf Zukunft» durch. Eingeladen sind im Speziellen die Ortsparteipräsidentinnen und -präsidenten der FDP, der jfs und der FDP-Frauen – natürlich in Begleitung ihrer Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand und der Partei. Die Veranstaltung steht selbstverständlich allen Interessierten offen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Thematisch steht die neue Strategie der FDP im Zentrum, welche aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden wird. Erleben Sie mit uns die gelungene Mischung von Politik und Unterhaltung in einer speziellen Umgebung.

16. September 2006, 10.30–14.30 Uhr

Giessereihalle, Zürich

Offene Veranstaltung

Wir freuen uns, Sie am 16. September begrüßen zu dürfen. Ein vollständiges Programm werden wir Ihnen in der nächsten Ausgabe präsentieren.

16

SAMSTAG
SAMEDI
SABATO
SATURDAY

SEPTEMBER
SEPTEMBRE
SETTEMBRE
SEPTEMBER

2006

37

SEPTEMBER
SEPTEMBRE
SETTEMBRE
SEPTEMBER

35 36
4
5
6
7
8
9
10

07.00

07.30

08.00

08.30

09.00

09.30

10.00

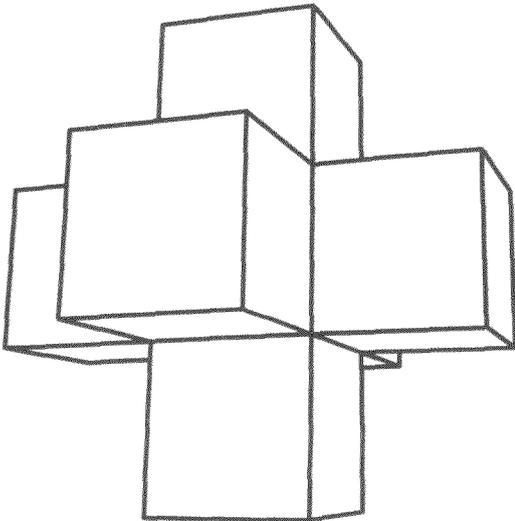
10.30

11.00

11.30

Partei- und
Ortsparteipräsidenten-
konferenz; Zürich

10.30-14.30 Uhr
Giessereihalle, Zürich



FDP Wir Liberalen.